

Praxisleitfaden Kommunale Armuts- und Sozialberichterstattung



Baden-Württemberg
STATISTISCHES LANDESAMT
FAFO FAMILIENFORSCHUNG



Baden-Württemberg
MINISTERIUM FÜR SOZIALES UND INTEGRATION



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

Impressum

Praxisleitfaden Kommunale Armuts- und Sozialberichterstattung

Herausgeber

Ministerium für Soziales und Integration

Collage

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Fotonachweis

Titelseite: © rawpixel.com/fotolia,

© Matej Kastelic, © micromonkey/fotolia

Projektleitung und -bearbeitung

Dr. Stephanie Saleth

Ronja Kitzenmaier

© Statistisches Landesamt

Baden-Württemberg, Stuttgart, 2018

Sämtliche Veröffentlichungen sind Werke, Bearbeitungen oder Sammel- bzw. Datenbankwerke im Sinne des Urheberrechtsgesetzes und somit urheberrechtlich geschützt. Der Erwerb einer Veröffentlichung gestattet neben deren Verwendung die Vervielfältigung und Verbreitung – auch auszugsweise – in elektronischer Form sowie in gedruckten Veröffentlichungen mit Quellenangabe. Die Weiterverbreitung von kostenpflichtigen Produkten – speziell von Verzeichnissen – bedarf der vorherigen Zustimmung. Die Genehmigung ist einzuholen unter vertrieb@stala.bwl.de. Alle übrigen (Nutzungs-) Rechte bleiben vorbehalten. Für Thematische Karten gelten besondere Lizenzbedingungen.

Praxisleitfaden Kommunale Armuts- und Sozialberichterstattung



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT
FAFO FAMILIENFORSCHUNG

Sehr geehrte Damen und Herren,

Armut ist auch in einem reichen Land wie Deutschland immer noch ein Thema. Das führen uns Tafeln vor Augen, die bestimmte Gruppen ausschließen, weil sie überfüllt sind. Und das zeigen uns die Flaschensammler und die Obdachlosen, die ihr ganzes Zuhause quasi täglich mitschleppen. Armut hat viele Gesichter, doch diese Gesichter haben einiges gemeinsam: Wer arm ist, ist öfter krank. Wer arm ist, stirbt früher. Wer arm ist, wird möglicherweise noch ärmer. Und das heißt: Wer arm ist, wird ausgegrenzt. Wer an unserer Überflussgesellschaft nicht teilhaben kann, dem sind viele Wege versperrt: Bildung, Arbeit, Gesundheit, Freizeit – wer wartet da schon mit offenen Armen auf arme Menschen?

Armut ist quasi ein Mangel an Verwirklichungschancen. Armut ist ein Problem, auch weil soziale Ungerechtigkeit und der Mangel an Teilhabe unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden. Das darf nicht sein. Das müssen wir ändern. Mehr Kindergeld, mehr sozialer Wohnraum, Investitionen in die Wohnungslosenhilfe und auch Unterstützung, wenn die Schulden immer größer werden: Das alles ist nicht nur gut, sondern auch wichtig und notwendig. Doch wir müssen tiefer gehen. Wir müssen noch früher anfangen. Armut wird immer noch allzu oft vererbt, und Bildungsferne ist kein gutes Zeichen für die Zukunft. Diesen Kreislauf müssen wir durchbrechen.

Ganz wichtig sind gute und gleiche Chancen von Beginn an: in der Kita, im Kindergarten, in der Schule. Denn ohne Bildung keine Ausbildung, ohne Ausbildung kein Job, ohne Job kein Geld – und mit der Teilhabe hapert es auch.

Kein Staat und keine Institution können hier Abhilfe im Alleingang schaffen. Wir alle sind in der Pflicht. Um aber Armut erfolgreich zu bekämpfen bzw. zu verhindern ist es wichtig, für die verschiedenen Betroffenenengruppen jeweils passgenaue, nicht stigmatisierende Instrumente einzusetzen. Hierzu braucht es eine aussagekräftige Datengrundlage.

Für das Land haben wir diese mit dem ersten Armuts- und Reichtumsbericht Baden-Württemberg 2015 geschaffen. Die Kerndaten des Berichts werden regelmäßig aktualisiert und so auf Landesebene fortgeführt. Schon bei der Erarbeitung des ersten Armuts- und Reichtumsberichts kristallisierte sich allerdings ein Interesse an Informationen über verfügbare Daten auch auf kommunaler Ebene und daraus resultierende Möglichkeiten der Berichterstattung heraus.

Ich freue mich daher sehr, Ihnen aus Anlass des 81. Deutschen Fürsorgetages, der unter dem Motto „Zusammenhalt stärken – Vielfalt gestalten“ dieses Jahr in Stuttgart



MANNE LUCHA

Minister für Soziales
und Integration
Baden-Württemberg

stattfindet, den neu entwickelten „Praxisleitfaden kommunale Armuts- und Sozialberichterstattung“ vorzulegen. Ziel des Leitfadens ist die Stärkung der kommunalen Armuts- und Sozialberichterstattung durch die Unterstützung bei der Erstellung von handlungsorientierten Armuts- und Sozialberichten. Denn kommunale Armuts- und Sozialberichterstattung kann einen Beitrag für nachhaltige und passgenaue Armutsbekämpfung und Prävention vor Ort leisten.

Der „Praxisleitfaden kommunale Armuts- und Sozialberichterstattung“ versteht sich als Handwerkskoffer mit verschiedenen Instrumenten, als Angebot an Kommunen, die einen Armuts- oder Sozialbericht erstellen bzw. ihre Berichterstattung fortschreiben möchten. Die Schwerpunkte liegen dabei auf dem Überblick über bestehende Datenangebote auf kommunaler Ebene sowie auf der Darstellung konkreter Ansatzpunkte in Form von Beispielen aus der Praxis.

Ich wünsche mir, dass der „Praxisleitfaden kommunale Armuts- und Sozialberichterstattung“ möglichst vielen Kommunen eine Unterstützung bietet bei der Armutsbekämpfung ebenso wie bei der Prävention vor Ort.

Ihr



Manne Lucha
Minister für Soziales und Integration Baden-Württemberg

Einleitung	7
1. Grundlagen kommunaler Armuts- und Sozialberichterstattung	8
1.1 Armutsverständnis	8
1.2 Nutzen und Grenzen	9
1.3 Prozessplanung	10
2. Datenangebote	11
2.1 Datenangebot des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg	13
2.2 Datenangebot der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder	16
2.3 Daten der Bundesagentur für Arbeit	18
2.4 Daten des Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (KVJS)	19
2.5 Weitere Datenangebote zu thematischen Schwerpunkten	20
2.6 Eigene Befragungen	23
3. Praxisbeispiele	24
3.1 Strategischer Prozess	24
3.2 Beteiligungsorientierung	25
3.3 Sozialraumorientierung	27
3.4 Armut sichtbar machen	30
3.5 Handlungsorientierung	31
Literatur	33
Anhang A: Ausgewählte Berichte auf kommunaler Ebene	34
Anhang B: Indikatorenübersicht	38
Anhang C: Auswertungsmöglichkeiten zum Thema Reichtum/hohe Einkünfte	42
Anhang D: Karten	46

Einleitung

Für viele Kommunen¹ hat eine strategische Sozialplanung in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen, da einerseits die finanziellen Handlungsspielräume eingeschränkt, andererseits die Herausforderungen gewachsen sind, ein vielfältiges und präventiv ausgerichtetes Unterstützungs- und Hilfeangebot vorzuhalten. Eine strategische Sozialplanung verfolgt das Ziel, die bestehenden Fachplanungen konzeptionell einheitlich auszurichten und so zu einer abgestimmten, präventiv ausgerichteten Gesamtstrategie zu kommen.² Teil einer solchen Gesamtstrategie sind zielgerichtete Planungen zur Armutsbekämpfung und -prävention. Um Armut im Rahmen einer Gesamtstrategie wirksam bekämpfen und Teilhabemöglichkeiten stärken zu können, bedarf es einer fundierten Datengrundlage.

Im November 2015 wurde der Erste Armuts- und Reichtumsbericht für Baden-Württemberg veröffentlicht. Die Analysen haben mit Blick auf die Verteilung von Armutsrisiken große regionale Unterschiede innerhalb des Landes gezeigt. Auch die Entwicklung in den vergangenen Jahren verlief in den einzelnen Regionen sehr unterschiedlich. Daher wurde im Kapitel „Maßnahmen und Handlungsempfehlungen der Landesregierung“ das Ziel formuliert, die kommunale Berichterstattung zu unterstützen. Mit dem vorliegenden Praxisleitfaden wird dieses Ziel nun umgesetzt.

Dieser Praxisleitfaden versteht sich als Angebot an Kommunen, die einen Armuts- oder Sozialbericht erstellen bzw. ihre Berichterstattung fortschreiben möchten.

Aufbau des Leitfadens

Im ersten Kapitel dieses Leitfadens werden wichtige Grundlagen kommunaler Armuts- und Sozialberichterstattung benannt. Das zweite Kapitel informiert über vorhandene Datenangebote und soll die Orientierung im vielfältigen Angebot von relevanten Daten auf kommunaler Ebene erleichtern. Das dritte Kapitel gibt anhand von innovativen Praxisbeispielen Anregungen zum konkreten Vorgehen bei der Erstellung von Sozial- oder Armutsberichten auf kommunaler Ebene. Wichtige Aspekte sind hierbei der strategische Prozess, die Sozialraum-, Beteiligungs- und Handlungsorientierung sowie die Darstellung von Armut und Armutsgefährdung. Im Anhang des Leitfadens werden ausgewählte Berichte aus Baden-Württemberg vorgestellt. Ein Blick auf die in den letzten Jahren veröffentlichten kommunalen Armuts- und Sozialberichte zeigt, dass diese durch eine große Vielfalt gekennzeichnet sind. Dies betrifft sowohl die Zielsetzungen und Konzeptionen als auch die methodischen Herangehensweisen. Hierbei wird das breite Spektrum an Möglichkeiten aufgezeigt. Dabei wird deutlich: Den Königsweg gibt es nicht, ausschlaggebend sind immer die Ausgangslagen, Wünsche, Bedarfe und nicht zuletzt die Ressourcen vor Ort. Eine Übersicht über mögliche Armutsindikatoren sowie Modellberechnungen zum Thema Reichtum und hohe Einkommen finden sich im Anhang.

¹ Mit „Kommunen“ sind im Folgenden immer kreisangehörige Städte und Gemeinden sowie kreisfreie Städte und Kreise gemeint.

² NRW.ProjektSoziales GmbH, 2016a.

1. Grundlagen kommunaler Armuts- und Sozialberichterstattung

Armuts- bzw. Sozialberichte haben unterschiedliche Funktionen. Sie dienen der Aufklärung der sozialen Lage und tragen dazu bei, Problemlagen und deren Verschärfung frühzeitig zu erkennen, um Armut präventiv zu begegnen. Armuts- und Sozialberichterstattung ist als kontinuierlicher Prozess zu verstehen, der auf Dauer angelegt ist und so Entwicklungen in den unterschiedlichen Bereichen sichtbar macht.

1.1 Armutsverständnis

Armut ist ein vielschichtiger Begriff, der weder in der Wissenschaft noch in der Politik eindeutig definiert ist. Überwiegend wird Armut in den Sozialwissenschaften und in der Armutsberichterstattung heute in einem weiteren Sinn als Mangel an Teilhabe- und Verwirklichungschancen verstanden. Nach dem sogenannten Lebenslagenansatz stehen nicht nur die Einkommenssituation und die Vermögenslage im Mittelpunkt, sondern auch die soziale Teilhabe in einzelnen Lebenslage-Bereichen wie Erwerbstätigkeit, Gesundheit, Bildung, Wohnen oder politische und gesellschaftliche Partizipation.

Unzureichende Einkommensressourcen gelten als so gravierend, dass sie als wesentliche Ursache von weiteren Armutsrisiken und Einschränkungen in anderen Lebensbereichen angenommen werden können. Es muss zwischen verschiedenen Messkonzepten zur monetären Armutsgefährdung unterschieden werden. Beim Konzept nach Sozialleistungsbezug gilt die Abhängigkeit von Leistungen der sozialen Mindestsicherung als Indikator für Armutsgefährdung. Beim Konzept der relativen Einkommensarmut gilt als armutsgefährdet, wer im Vergleich zum Mittelwert der Bevölkerung eine festgelegte Einkommensgrenze unterschreitet. Gemäß der offiziellen Armutsdefinition der EU liegt eine Armutsgefährdung bei einem Einkommen von weniger als 60 % des äquivalenzgewichteten Medianeinkommens vor.³ Unter absoluter Armut wird hingegen die lebensbedrohliche Existenznot verstanden. Charakteristisch für absolute oder extreme Armut ist die gleichzeitige Unterversorgung in mehreren Lebensbereichen sowie die soziale Exklusion, die durch den Ausschluss von sozialen Teilhabemöglichkeiten gekennzeichnet ist.⁴

³ Weiterführende Informationen: Erster Armuts- und Reichtumsbericht Baden-Württemberg, S.147 ff.

⁴ Weiterführende Informationen: Erster Armuts- und Reichtumsbericht Baden-Württemberg, S.267 ff.

1.2 Nutzen und Grenzen

Die Armuts- und Sozialberichterstattung ermöglicht es, sich auf einer gesicherten Datenbasis über gesellschaftliche Probleme und Entwicklungen zu verständigen und trägt dazu bei, gesellschaftliche und politische Debatten zu versachlichen. Außerdem liefert sie wichtige Informationen für konkrete Planungen und Entscheidungen auf der örtlichen Ebene und ermöglicht die Identifizierung von innovativen Handlungsstrategien und Lösungsansätzen.⁵ Zudem kann eine lokale Armuts- und Sozialberichterstattung, die beteiligungsorientiert angelegt ist, von Armut und sozialer Ausgrenzung Betroffenen in der Kommune eine Stimme geben und dadurch die Folgen von Armut sichtbar machen.

Während die Berichterstattung auf der Ebene des Bundes und der Länder in erster Linie darauf abzielt, die Entwicklung von Einkommens- und Lebenslagen der Bevölkerung darzustellen und Armut und Reichtum in ihrer Komplexität und Vielschichtigkeit zu analysieren, sind Berichte der Kreise, Städte und Gemeinden – in deren Mittelpunkt das kommunale Planungs- und Steuerungsinteresse steht – in der Regel stärker handlungsorientiert.⁶

Bei der Armuts- und Sozialberichterstattung auf kommunaler Ebene sind neben den zahlreichen Möglichkeiten auch die Grenzen der Berichterstattung zu beachten. Statistische Daten zeigen faktische Häufigkeiten und Verteilungen auf. Weitere zentrale Merkmale wie etwa Inklusionsschwellen oder subjektive Wahrnehmungen können hingegen nicht abgebildet werden. Für die Messung solcher Indikatoren ist es notwendig, eigene Erhebungen durchzuführen (vgl. Kapitel 2.6). Auch verdeckte Armut wird durch die statistischen Daten nicht erfasst. Es handelt sich hierbei beispielsweise um Personen, die bedürftig sind, Leistungen aber nicht in Anspruch nehmen. Auf Landkreisebene ist außerdem zu beachten, dass sozialräumorientierte Auswertungen aufgrund der eingeschränkten Verfügbarkeit und Vergleichbarkeit von Daten häufig nur begrenzt möglich sind.

Die kommunale Armuts- und Sozialberichterstattung sieht sich insgesamt mit dem Problem konfrontiert, dass Ergebnisse des Mikrozensus oder freiwilliger Haushaltsbefragungen aus Fallzahlgründen in der Regel nicht zur Verfügung stehen. Beispielsweise sind aus Fallzahlgründen keine Daten der amtlichen Statistik zur relativen Armut auf kommunaler Ebene verfügbar. Armutsgefährdungsquoten nach tiefer regionaler Gliederung werden nach NUTS II⁷ (Regierungsbezirke/statistische Regionen), nach Raumordnungsregionen und für Großstädte ausgewiesen.⁸ Demnach muss die kommunale Armuts- und Sozialberichterstattung auf anderweitig verfügbare Daten bzw. Verwaltungsdaten zurückgreifen oder eigene Erhebungen durchführen (siehe Kapitel 2.6). Während auf Bundesebene und auch

⁵ Vgl. Werner 2015.

⁶ Vgl. ISS (Hrsg.) 2007, S. 81.

⁷ NUTS (Nomenclature des Unités territoriales statistiques) ist eine Klassifikation der Gebietseinheiten für die amtliche Statistik in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. In Deutschland umfasst die NUTS-2-Ebene 39 Regionen.

⁸ Vgl. www.amtliche-sozialberichterstattung.de

für Baden-Württemberg jeweils ein Tableau von Kernindikatoren zu Armut und Reichtum entwickelt wurde, das kontinuierlich fortgeschrieben wird, existiert ein solches Set von Basisindikatoren für die Berichterstattung auf kommunaler Ebene bislang nicht.

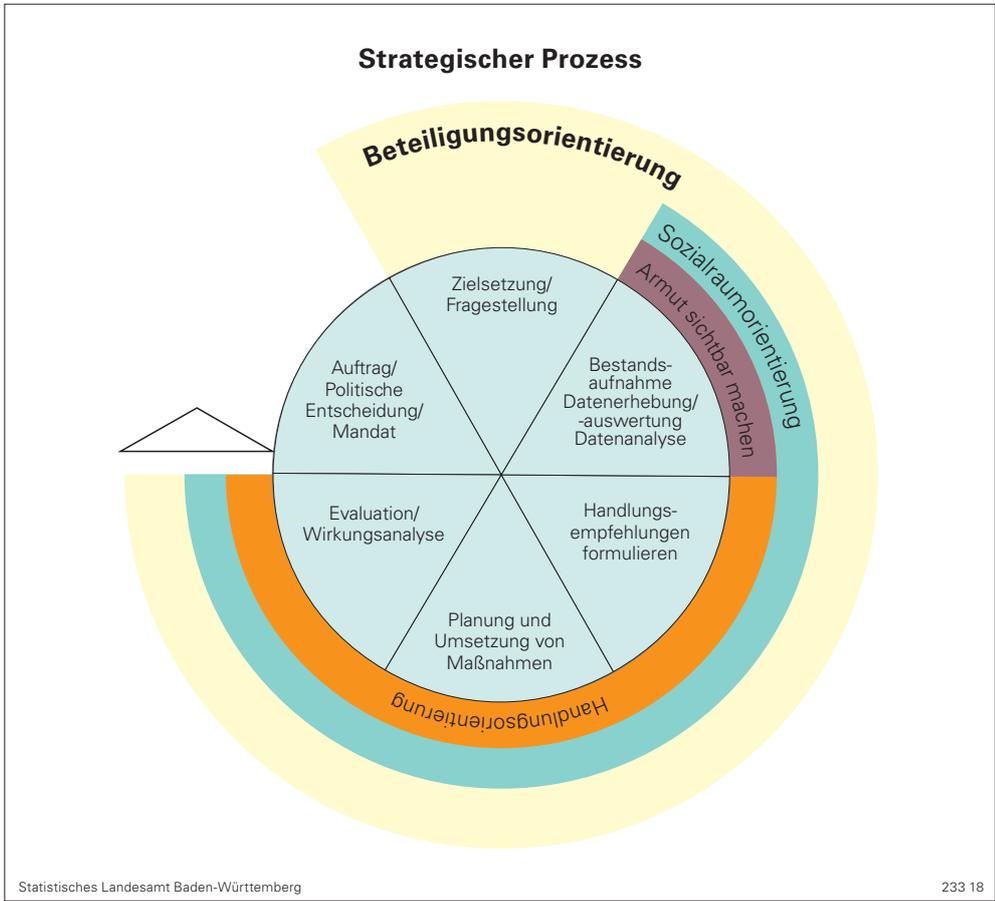
Vor dem Hintergrund, dass es bislang keine einheitlichen Indikatoren und Standards für die kommunale Armuts- und Sozialberichterstattung gibt, sind die in der Vergangenheit erstellten Berichte kaum vergleichbar. Experten weisen darauf hin, dass die kommunale Armutsberichterstattung an Aussagekraft gewinnen würde, wenn ihre Ergebnisse räumlich und zeitlich vergleichbar wären.⁹ Allerdings scheint dies nur in einem breiten Diskussionsprozess möglich. Die Indikatorenübersicht im Anhang (*siehe Anhang C*) dieses Leitfadens ist dabei als ein Diskussionsbeitrag zu verstehen und soll als Anregung für Akteurinnen und Akteure auf kommunaler Ebene dienen. Sie ist auf der Basis einer umfangreichen Recherche bestehender Berichte aus Baden-Württemberg entstanden.

1.3 Prozessplanung

Die kommunale Berichterstattung zeichnet sich durch eine Vielfalt an Themen, methodischen Herangehensweisen und Formaten aus. Ob es eine Berichterstattung zu Armut und sozialer Ausgrenzung gibt und wie diese ausgestaltet ist, hängt von den Voraussetzungen und Interessen vor Ort ab. Mit Ausnahme der Jugendhilfeplanung (vgl. § 79 SGB VIII) ist Sozialplanung und -berichterstattung nicht gesetzlich vorgeschrieben. Die Kommunen formulieren ihr sozialpolitisches Leitbild aus ihrer Organisationshoheit heraus (Art. 28 Grundgesetz). Dabei ist ein geeignetes Instrument zur Umsetzung des Leitbilds in strategische Ziele und Maßnahmen die Sozialplanung. Wie die Kommune dies umsetzt entscheidet sie selbst im Rahmen ihres Selbstverwaltungsrechts.

Das strategische Vorgehen spielt im gesamten Prozess der Berichterstattung eine große Rolle. Zu Beginn der Armuts- und Sozialberichterstattung steht zunächst die Auftragsklärung durch die Politik bzw. die Verwaltungsführung, die zur Erteilung eines konkreten Auftrags führt. Im nächsten Schritt wird die spezifische Zielsetzung des Berichts geklärt, auf deren Grundlage die Auswahl der Datenquellen und später die Formulierung der Handlungsempfehlungen erfolgt. Am Anfang der Überlegungen sollten die Prinzipien der Sozialraum-, Beteiligungs- und Handlungsorientierung stehen. Wichtig ist, dass der gesamte Prozess der Berichterstattung beteiligungsorientiert angelegt ist, um ein möglichst ganzheitliches und akzeptiertes Konzept zu entwickeln. Oft ist dieser Prozess wichtiger als der Bericht selbst. Da konkrete Problemlagen und Hilfsangebote häufig auf Stadtteil- oder Quartiersebene bestehen, ist eine kleinräumige Analyse zu bevorzugen. Um die aus den Handlungsempfehlungen

⁹ Vgl. Krampe, 2015, S. 77.



entwickelten Maßnahmen auf deren Wirksamkeit und Qualität zu prüfen, empfiehlt es sich, diese nach einer gewissen Zeit zu evaluieren.

Das folgende Kapitel gibt einen Überblick über verfügbare Daten- und Informationsangebote für die kommunale Ebene. Räumliche Bezugspunkte hierbei sind in der Regel die Stadt- und Landkreise bzw. die Gemeinden.

2. Datenangebote

Als Datenquellen kommen grundsätzlich quantitative Daten (Angebote der amtlichen Statistik und der Bundesagentur für Arbeit, Geschäftsstatistiken von freien Trägern etc.) sowie zur vertieften Beschreibung von Lebenslagen qualitative Daten (eigene Befragungen, Beobachtungsverfahren, Fokusgruppen) infrage. Bei einer sozialräumlichen Betrachtung bietet es sich außerdem an, Foren mit Expertinnen und Experten

für den Sozialraum durchzuführen.¹⁰ Um unterschiedliche Perspektiven einfließen zu lassen, empfiehlt es sich zudem, unterschiedliche Akteure wie Vertreterinnen und Vertreter von Wohlfahrtsverbänden oder Betroffene in einen partizipativen Prozess einzubinden. Darüber hinaus sichert dies auch die Nachhaltigkeit und Akzeptanz der Armuts- und Sozialberichterstattung.

Zur Beschreibung spezifischer Problemlagen können unterschiedliche Indikatoren herangezogen werden. Da Armut immer mehrdimensional und multikausal ist, ist die Aussagekraft einzelner Indikatoren sehr beschränkt. Bei der Interpretation eines so komplexen Phänomens empfiehlt es sich daher, auf möglichst viele der vorhandenen Kennziffern zurückzugreifen, da Armut nur durch ein Bündel von Indikatoren adäquat dargestellt werden kann.¹¹

Exkurs: Reichtum

Die Datenlage zum Thema Reichtum ist insgesamt sehr unbefriedigend.¹² Daten des Mikrozensus oder aus freiwilligen Haushaltsbefragungen – die auch auf Landes- oder Bundesebene eine sehr eingeschränkte Aussagekraft zum Thema Reichtum haben – lassen sich auf kommunaler Ebene nicht auswerten. Die einzig verfügbare Datenquelle, mit der sich die Einkommensstruktur am oberen Ende der Verteilung auf kommunaler Ebene abbilden lässt, ist die Lohn- und Einkommensteuerstatistik (LESt).¹³ Als Vollerhebung aus den Daten der Steuerfestsetzung weist sie eine sehr hohe Qualität auf. Gleichzeitig müssen Einschränkungen, die sich aus dem steuerlichen Hintergrund der Daten ergeben, bei der Interpretation berücksichtigt werden.

Im Rahmen der Erstellung dieses Praxisleitfadens wurde vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg modellhaft dargestellt, welche Auswertungen zum Thema hohe Einkommen auf Ebene der Stadt- und Landkreise und gegebenenfalls größeren Gemeinden möglich sind. Eine Liste der möglichen Auswertungen befindet sich im Anhang (*siehe Anhang C*). Diese Indikatoren vermitteln einen Eindruck vom Umfang des Personenkreises mit sehr hohen Einkommen auf kommunaler Ebene. Zusammenfassend ist die derzeitige Datenlage auf der Ebene der Stadt- und Landkreise ausreichend für ein kurzes Kapitel bzw. einen Exkurs zum Thema Reichtum und hohe Einkünfte in einem kommunalen Bericht unter Berücksichtigung der methodischen Besonderheiten, nicht aber für einen eigenständigen Berichtsteil.¹⁴

¹⁰ Vgl. NRW.ProjektSoziales GmbH, S. 9.

¹¹ Vgl. www.armuts-und-reichtumsbericht.de/DE/Indikatoren/indikatoren

¹² Vgl. hierzu auch Erster Armuts- und Reichtumsbericht Baden-Württemberg (2015), S. 281 ff.

¹³ Zu beachten ist hierbei, dass seit Einführung der Abgeltungssteuer Einkünfte aus Kapitalvermögen nur noch teilweise berücksichtigt sind, da sie nicht mehr zur Einkommensteuer veranlagt werden müssen.

¹⁴ Ein Beispiel für einen solchen Exkurs findet sich im Ersten Armutsbericht für den Stadtkreis Baden-Baden 2015, S. 6 f.

2.1 Datenangebot des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg

SRDB: Struktur- und Regionaldatenbank des Landesinformationssystems (LIS)
www.statistik-bw.de/SRDB

Die Struktur- und Regionaldatenbank (SRDB) des Statistischen Landesamtes bietet allen interessierten Nutzerinnen und Nutzern eine breit gefächerte Vielfalt an statistischen Daten aus der amtlichen Statistik, die teilweise auch auf regionaler Ebene abrufbar sind. Für die kommunale Armuts- und Sozialberichterstattung sind insbesondere folgende Themenbereiche von Interesse:

- **Bevölkerung und Gebiet:** Gebiet, Bevölkerung im Überblick, Altersstruktur, Migranten und Nationalität, Ehe und Scheidung, Geburten und Sterbefälle, Zu- und Fortzüge, Voraussrechnung
- **Private Haushalte:** Entwicklung und Struktur
- **Familie:** Gründung und Strukturen, Kindheit und Jugend, Einkommenslagen
- **Gesundheit:** Ärzte und Einrichtungen, Behinderte und Pflegebedürftige
- **Wohnen:** Gebäude und Wohnungen, Wohnkosten und Wohnverhältnisse
- **Bildung und Kultur:** Kinderbetreuung, allgemeinbildende Schulen, berufliche Schulen, Hochschulen und Kultur
- **Arbeit:** Öffentlich Beschäftigte, Erwerbstätige, sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Arbeitslose
- **Soziale Sicherung:** Kinder- und Jugendhilfe, Pflege, Wohngeld, Mindestsicherung
- **Finanzen und Steuern:** Kommunalfinanzen, Schulden, Steuern
- **Wahlen:** Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahl
- **Gesamtwirtschaft und Konjunktur:** Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Unternehmen und Betriebe, Konjunktur und Preise

Nutzungshinweis:

Die Tabellen können für die eigene Kommune ausgegeben, als csv-Datei exportiert und in einem Tabellenkalkulationsprogramm weiterverarbeitet werden. Aus den Tabellen lassen sich beispielsweise Informationen für den Fließtext entnehmen und/oder Diagramme zur Veranschaulichung von Verteilungen und Entwicklungen erstellen.

Statistische Berichte

www.statistik-bw.de/Suche-und-Bestellung/statBerPage.xhtml

Statistische Berichte bieten in tabellarischer Form aktuelle Zahlen aus Erhebungen der amtlichen Statistik in unterschiedlicher räumlicher Gliederung und Periodizität (monatlich bis mehrjährig). Die PDF-Dateien (seit März 2013 mit Excel-Anhang)

Datenangebot
Statistisches Landesamt



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

www.statistik-bw.de

Auskunftsdienst:

Christina Hackl
Auskunftsdienst@stala.bwl.de

Tel.: 0711 641-2833

stehen zum kostenfreien Download zur Verfügung. Über einen Newsletter besteht die Möglichkeit, sich automatisch über das Erscheinen aktueller Berichte informieren zu lassen.

Thematische Karten

www.statistik-bw.de/Suche-und-Bestellung/kartenPage.xhtml

Zu nahezu allen Themenfeldern der amtlichen Statistik können darüber hinaus auf der Seite des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg thematische Karten als Datei heruntergeladen werden. Für die Armuts- und Sozialberichterstattung können dabei unter anderem folgende Themen relevant sein:

- Bevölkerung nach Altersklassen in den Stadt- und Landkreisen
- Bevölkerungsentwicklung in den Stadt- und Landkreisen
- Jugendquotient/Altenquotient/Gesamtquotient in den Gemeinden
- Ausländer nach Nationalität und Ausländerquote in den Stadt- und Landkreisen
- Haushalte in den Stadt- und Landkreisen
- Bruttoinlandsprodukt je Einwohner/Erwerbstätigem in den Stadt- und Landkreisen
- Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in den Stadt- und Landkreisen
- Verfügbares Einkommen der Haushalte je Einwohner in den Stadt- und Landkreisen
- Einkommensverteilung in den Stadt- und Landkreisen (Gini-Koeffizient des Gesamtbetrags der Einkünfte)
- Einkommensmillionäre in den Stadt- und Landkreisen
- Branchenkonzentration in den Stadt- und Landkreisen
- Arbeitsplatzdichte in den Stadt- und Landkreisen
- Kleinkindbetreuung am 01.03.2016 in den Stadt- und Landkreisen
- Übergänge von der Grundschule auf weiterführende Schulen in den Stadt- und Landkreisen
- Akademikerquote in den Stadt- und Landkreisen
- Schwerbehinderte Menschen in den Stadt- und Landkreisen
- Ärztedichte in den Stadt- und Landkreisen
- Wohngeldhaushalte in den Stadt- und Landkreisen
- Armutsgefährdungsquoten in den Regionen Baden-Württembergs gemessen am jeweiligen Landesmedian
- Kinderarmut in der Bundesrepublik Deutschland

Nutzungshinweis:

Die thematischen Karten können als Datei heruntergeladen und als Abbildung in den Bericht integriert werden. Für die Interpretation kann der Wertebereich, in dem die eigene Kommune liegt mit dem Landesdurchschnitt und den umliegenden Kommunen verglichen werden.

Interaktive Karten

www.statistik-bw.de/Intermaktiv

Neben den thematischen Karten besteht die Möglichkeit, sich für ausgewählte Inhalte der SRDB interaktive Karten erstellen zu lassen. Die kartografisch aufbereiteten statistischen Ergebnisse auf der Ebene der Regierungsbezirke, Regionen, Kreise und Gemeinden werden zum kostenlosen Download als PDF angeboten. Die dargestellten Themen der SRDB und zusätzlich folgende interaktive Karten können für die Armuts- und Sozialberichterstattung relevant sein:

- **Bevölkerung und Gebiet:** Ausländeranteil, Bevölkerungszu- /-abnahme, Durchschnittsalter, Anteile unterschiedlicher Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung
- **Private Haushalte:** Anteile unterschiedlicher Haushaltsgrößen an den Haushalten insgesamt
- **Familie:** Anteile der Familienstände an der Gesamtbevölkerung
- **Gesundheit:** Anteile schwerbehinderter Menschen, Pflegebedürftiger, verfügbarer Pflegeplätze und des Pflegepersonals an der jeweiligen Altersgruppe
- **Wohnen:** Anteile unterschiedlicher Gebäudetypen an allen Wohngebäuden
- **Bildung und Kultur:** Anteil der betreuten Kinder unter 3 Jahren an allen Kindern der Altersgruppe, Anteile unterschiedlicher Schulübergänge
- **Arbeit:** Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, Akademikerquoten, Arbeitslosenquoten
- **Soziale Sicherung:** Anteil erzieherischer Hilfen an der Bevölkerung unter 27 Jahren, Mindestsicherungsquote, Anteile der SGB II Empfänger im Erwachsenen- und Kindesalter an der jeweiligen Altersgruppe¹⁵
- **Finanzen und Steuern:** Gemeindefschulden in Euro je Einwohner
- **Wahlen:** Wahlbeteiligungen

Nutzungshinweis:

Die Interaktiven Karten können als Datei heruntergeladen und als Abbildung in den Bericht integriert werden. Die eigene Kommune kann dabei hervorgehoben werden. Hinzu kommen einige weitere Optionen zur Darstellungsart. Um die genauen Werte der Kommunen zu erhalten, kann eine Wertetabelle abgerufen werden.

Demografie-Spiegel

www.statistik-bw.de/Demografie-Spiegel

Der Demografie-Spiegel ist ein Instrument zur Analyse des demografischen Wandels für alle Gemeinden in Baden-Württemberg. Der Demografie-Spiegel unterteilt sich in die zwei Be-

¹⁵ Siehe Anhang D.

reiche „Demografisches Profil“ und „Attraktivitätskennzahlen“. Mit dem „Demografischen Profil“ wird die demografische Entwicklung für jede Kommune in Form von Diagrammen und Tabellen mit Erläuterungstexten und Interpretationshilfen aufbereitet. Die demografische Entwicklung umfasst hierbei die Themen „Bevölkerung insgesamt“, „Altersstruktur“, „Geburten und Sterbefälle“ sowie „Zu- und Fortzüge“. Die „Attraktivitätskennzahlen“ umfassen 22 ausgewählte Indikatoren zur Infrastruktur und Lebensqualität, die bei der Analyse der Attraktivität und Zukunftsfestigkeit einer Gemeinde hilfreich sein können. Diese sind:

- Familienfreundliches Wohnen
- Familie und Beruf
- Wirtschaft
- Bildung und Qualifikation
- Ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger
- Kommunale Finanzen

Die Indikatoren in den jeweiligen Themenbereichen geben Aufschluss darüber, wo die Gemeinde im Vergleich zu den anderen Gemeinden in Baden-Württemberg steht. Einen weiteren Vergleichsmaßstab liefern die Werte für die Gemeindegrößenklasse, den jeweiligen Kreis und für Baden-Württemberg.

Nutzungshinweis:

Der Demografie-Spiegel gibt unter Angabe der Kommune sowohl Diagramme als auch Wertetabellen inklusive Beschreibungen aus. Somit kann die Grafik und die entsprechende Erläuterung in den Bericht übernommen und gegebenenfalls angepasst werden.

Datenangebot
Statistische Ämter des



Bundes und der Länder

[www.statistik-bw.de/
 Statistik-Portal](http://www.statistik-bw.de/Statistik-Portal)

Auskunftsdienst:

Statistik-Portal@stala.bwl.de

2.2 Datenangebot der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Regionaldatenbank Deutschland

www.regionalstatistik.de

Die Regionaldatenbank Deutschland ist eine Datenbank, die tief gegliederte Ergebnisse der amtlichen Statistik enthält. Die angebotenen Tabellen basieren auf dem Regionalstatistischen Datenkatalog des Bundes und der Länder und werden kontinuierlich ausgebaut. Im Themenfeld „Öffentliche Sozialleistungen“ (Code 22) sind für ganz Deutschland auf Kreisebene Daten zu folgenden Bereichen abrufbar:

- Sozialhilfe
- Asylbewerberleistungen
- Wohngeld
- Pflege

- Kinder und Jugendhilfe
- Amtliche Sozialberichterstattung (Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen sowie von Leistungen nach dem SGB II)

Nutzungshinweis:

Die Regionaldatenbank Deutschland liefert sowohl Wertetabellen als auch Diagramme, die sich flexibel zusammenstellen lassen. Dadurch kann der Inhalt entsprechend der eigenen Zielsetzung angepasst werden.

Regionalatlas Deutschland

www.statistikportal.de/Statistik-Portal/Regionalatlas

Der Regionalatlas bildet in Form von thematischen Karten neben Gender-, Nachhaltigkeits- und Zensusindikatoren auch Sozialindikatoren für alle Bundesländer, Regierungsbezirke/Statistischen Regionen sowie teilweise Landkreise und kreisfreien Städte Deutschlands ab. Dazu gehören Karten zum verfügbaren Einkommen je Einwohner, zur Armutsgefährdung, zu Mindestsicherungsquoten sowie zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII).

Nutzungshinweis:

Die Karten des Regionalatlas lassen sich nach Inhalt, Klassifizierung und weiteren Optionen frei gestalten und können zusätzlich tabellarisch dargestellt und exportiert werden. Die Karten lassen sich in den Bericht aufnehmen oder die Tabellen weiterverarbeiten.

Kommunale Bildungsdatenbank

www.bildungsmonitoring.de

Mit dem Bildungsmonitoring stellt die kommunale Bildungsdatenbank flächendeckend für alle Landkreise und kreisfreien Städte in Deutschland zentrale Kennzahlen aus den Bereichen frühkindliche Bildung, allgemeinbildende Schulen, berufliche Bildung, Hochschulen sowie Rahmenbedingungen von Bildung bereit.

Nutzungshinweis:

Die Tabellen des Bildungsmonitorings ermöglichen die Darstellung von Zeitreihen und Vergleiche mit anderen Bundesländern und den Kreisen aller Bundesländer. Die Tabellen können für die eigene Kommune ausgegeben, exportiert und im Tabellenkalkulationsprogramm weiterverarbeitet werden.

Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“ (VGRdL)www.vgrdl.de

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) stellen das umfassendste statistische Instrumentarium der Wirtschaftsbeobachtung dar. Das Datenangebot des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“ umfasst auch einige Kreisergebnisse für Deutschland. Dazu gehören Daten zum Bruttoinlandsprodukt, zur Bruttowertschöpfung, zu Arbeitnehmerentgelten, Bruttolöhnen und -gehältern sowie zum Einkommen der privaten Haushalte.

Nutzungshinweis:

Unter VGRdL.de werden umfangreiche Excel-Dateien mit mehreren Arbeitsblättern ausgegeben. Auf Grundlage dessen lassen sich sowohl lange Zeitreihen als auch bundesweite Vergleiche bis auf Kreisebene anstellen.

Datenangebot
Bundesagentur für Arbeit



www.statistik.arbeitsagentur.de

Auskunftsdienst:

Statistik-Service Südwest

Tel.: 069 6670-601

Statistik-Service-Suedwest@arbeitsagentur.de

2.3 Daten der Bundesagentur für Arbeit

Das Statistikangebot der Bundesagentur für Arbeit (BA) umfasst ein breites Spektrum an Daten zum Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt, zur Beschäftigung und zur Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II). Die Daten werden auf der Ebene des Bundes, der Länder und der Kreise, der Regionaldirektions- und Agenturbezirke sowie der Jobcenterbezirke bereitgestellt. Zu den Angeboten gelangt man über die Menüpunkte „Statistik nach Themen“ oder „Statistik nach Regionen“.

Die Arbeitsmarktreports der BA liefern monatlich eine ausführliche Darstellung der wichtigsten statistischen Größen des Arbeitsmarktes auf Kreisebene. Neben den aktuellen Eckwerten umfassen diese differenziertere Daten zur Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, zu arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, zum Stellenangebot, zu Auszubildenden und zur Grundsicherung im SGB II. Auf Kreisebene finden sich darüber hinaus auch weitere Produkte im Angebot der BA.¹⁶

Der Arbeitsmarktmonitor¹⁷ der BA ist ein Instrument zur Analyse regionaler Strukturen und hilft, Angebote, Chancen und Risiken des Arbeitsmarktes zu erkennen. Er enthält Daten zu Beschäftigung, Sozialleistungsbezug und Demografie in regionaler Gliederung. Es besteht die Möglichkeit, mit interaktiven Grafiken und Tabellen Regionen zu analysieren und miteinander zu vergleichen. Dabei liegt der Fokus auf der langfristigen Entwicklung.

¹⁶ Eine Übersicht zu Produkten der BA auf Kreisebene findet sich unter: www.statistik.arbeitsagentur.de/nn_30670/Statistischer-Content/Statistik-nach-Regionen/Politische-Gebietsstruktur/Statistik-nach-Regionen-Kreise

¹⁷ Der Arbeitsmarktmonitor der BA kann unter folgendem Link aufgerufen werden: www.arbeitsmarktmonitor.arbeitsagentur.de

Daten auf Gemeindeebene werden durch die Statistik der BA für Arbeitslose, gemeldete Stellen und Beschäftigte veröffentlicht. Andere Daten auf Gemeindeebene sind auf Anfrage erhältlich.¹⁸ Über Möglichkeiten und Grenzen der Berichterstattung auf Gemeindeebene informiert ein von der Bundesagentur für Arbeit veröffentlichter Methodenbericht (2013).¹⁹

Nutzungshinweis:

Der Arbeitsmarktreport der BA lässt sich für die eigene Kommune für unterschiedliche Zeitpunkte herunterladen. Neben zahlreichen Werten und Quoten finden sich auch Diagramme und Erläuterungen, die in den Bericht integriert werden können.

2.4 Daten des Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (KVJS)

Kinder- und Jugendhilfe

www.KVJS.de/Jugend

Das KVJS-Landesjugendamt veröffentlicht alle fünf Jahre einen umfassend angelegten Bericht „Kinder und Jugendhilfe im demografischen Wandel“.²⁰ Neben grundlegenden Analysen liefern die Berichte den 44 Stadt- und Landkreisen vielfältiges kreispezifisches Datenmaterial. Er beinhaltet zahlreiche Informationen zur kreisbezogenen Bevölkerungsentwicklung sowie zu den Ausgangslagen und Entwicklungsperspektiven in den Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe. Der jüngste Bericht wurde im Dezember 2015 veröffentlicht. Darüber hinaus legt das KVJS-Landesjugendamt alle fünf Jahre einen landesweiten „Bericht zu Entwicklungen und Rahmenbedingungen der Inanspruchnahme erzieherischer Hilfen in Baden-Württemberg“²¹ vor. Untersucht werden die Fallzahl- und Ausgabenentwicklungen der zurückliegenden Jahre in Bezug auf die 46 Jugendämter in den 44 Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs. Zudem werden jährlich Auswertungen zu den aktuellen Fallzahlentwicklungen der Hilfen zur Erziehung und anderer individueller Hilfen nach dem SGB VIII in Baden-Württemberg veröffentlicht. Ziel ist eine zeitnahe Information der Kreise und der Fachöffentlichkeit über jüngste Tendenzen in der Inanspruchnahme dieser Jugendhilfeleistungen. Auch diese Ergebnisse werden in Bezug auf alle 46 Jugendämter in den 44 Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs ausgewiesen.²²

¹⁸ Zusätzlich gibt es für Kommunen die Möglichkeit, gegen Entgelt kleinräumige Daten unterhalb der Gemeindeebene zu beziehen. Siehe hierzu auch: NRW Kurzanalyse 03/2014: Datenangebote für die kommunale Sozialberichterstattung und Sozialplanung, S. 8 http://www.sozialberichte.nrw.de/sozialberichterstattung_nrw/kurzanalyse

¹⁹ Der Methodenbericht der BA ist unter folgendem Link abrufbar: www.statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Grundlagen/Methodenberichte/Uebergreifend/Generische-Publikationen/Methodenbericht-Berichterstattung-Gemeinden.pdf

²⁰ Der Bericht zum demografischen Wandel kann unter folgendem Link abgerufen werden: www.kvjs.de/jugend/jugendhilfeplanung/demografischer-wandel

²¹ Der Bericht zu den Hilfen zur Erziehung kann unter folgendem Link abgerufen werden: www.kvjs.de/jugend/jugendhilfeplanung/kvjs-berichterstattung-hilfen-zur-erziehung

²² Die Daten werden in Tabellenform zur Verfügung gestellt, Inobhutnahmen und Hilfen zur Erziehung für unbegleitete

Datenangebot
KVJS-Landesjugendamt



KVJS

Kommunalverband für
Jugend und Soziales
Baden-Württemberg

www.KVJS.de

Auskunftsdienste:

Berichte Demografische Wandel

Dr. Ulrich Bürger
Ulrich.Buerger@kvjs.de
Tel.: 0711 6375-442

Bericht Hilfen zur Erziehung

Dr. Ulrich Bürger
Ulrich.Buerger@kvjs.de
Tel.: 0711 6375-442 und
Kathrin Kratzer
Kathrin.Kratzer@kvjs.de
Tel.: 0711 6375-214

IBÖ

Ulrike Gfrörer
Ulrike.Gfroerer@kvjs.de
 Tel.: 0711 6375-443 und
 Paul Renner
Paul.Renner@kvjs.de
 Tel.: 0711 6375-581

Außerdem umfasst die landesweite Berichterstattung des KVJS weitere Themen der Kinder- und Jugendhilfe. Dazu gehören unter anderem die Berichterstattung Kindertagesbetreuung, die Berichterstattung Kinder- und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit auf kommunaler Ebene sowie Berichte zu den Entwicklungen in den Einrichtungen der Erziehungshilfe.²³ Das KVJS-Landesjugendamt unterstützt darüber hinaus die Jugendämter in Baden-Württemberg in ihrer Sozialberichterstattung zu den Entwicklungen der Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und Familien (Integrierte Berichterstattung auf örtlicher Ebene – IBÖ)²⁴.

Bericht zur Eingliederungshilfe

Gabriele Hörmlle
Gabriele.Hoermle@kvjs.de
 Tel.: 0711 6375-235 und
 Maxi Schmeißer
Maxi.Schmeisser@kvjs.de
 Tel.: 0711 6375-329

Soziales www.KVJS.de/Soziales

Im Bereich Soziales schreibt der KVJS seit 2005 jährlich die Berichterstattung zu den „Leistungen der Eingliederungshilfe nach dem SGB XII“²⁵ fort. Auf Kreis- und Landesebene wird ein Überblick über Zahlen und Strukturen der Leistungsberechtigten und den finanziellen Aufwand gegeben. Der Bericht umfasst unter anderem die Themen Gesamtentwicklung, Wohnen, Arbeit, Beschäftigung, Bildung und persönliches Budget.

Bericht zu den Hilfen zur Pflege

Bettina Ghiorghita
Bettina.Ghiorghita@kvjs.de
 Tel.: 0711 6375-328

Die Berichterstattung „Hilfe zur Pflege“²⁶ wird ebenfalls jährlich vom KVJS fortgeschrieben und veröffentlicht. Der Bericht ermöglicht einen Überblick über alle Leistungsempfänger/-innen und Nettoaufwendungen der Hilfen zur Pflege in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs.

Nutzungshinweis:

Bei den Datenangeboten des KVJS sind die Daten bereits in Berichtsform aufgearbeitet und bieten Schaubilder, Interpretationen und Hintergrundinformationen, die für den eigenen Bericht genutzt werden können.

Gesundheitsatlas Auskunftsdienst:

Landesgesundheitsamt
 Baden-Württemberg
 Dr. Anna Leher
anna.leher@rps.bwl.de
 Tel.: 0711 904-39502

2.5 Weitere Datenangebote zu thematischen Schwerpunkten

Gesundheitsatlas Baden-Württemberg www.gesundheitsatlas-bw.de

Der Gesundheitsatlas bietet Zahlen und Fakten zur Gesundheit und zu gesundheitsrelevanten Themen auf Landes- und auf Kreisebene, die in Form von Tabellen,

minderjährige Ausländer/-innen werden gesondert ausgewiesen.
 23 Ein Überblick über die überörtliche Berichterstattung des KVJS findet sich unter folgendem Link: www.kvjs.de/jugend/jugendhilfeplanung
 24 Die IBÖ kann unter folgendem Link abgerufen werden: www.kvjs.de/jugend/jugendhilfeplanung/integrierte-berichterstattung-auf-oertlicher-ebene-iboe
 25 Die Berichterstattung zur Eingliederungshilfe kann unter folgendem Link abgerufen werden: www.kvjs.de/soziales/statistik-steuerungsunterstuetzung/eingliederungshilfe
 26 Die Berichterstattung zu den Hilfen zur Pflege kann unter folgendem Link abgerufen werden: www.kvjs.de/soziales/statistik-steuerungsunterstuetzung/hilfe-zur-pflege

Karten und Berichten verfügbar sind. Für die Armuts- und Sozialberichterstattung auf kommunaler Ebene sind hierbei insbesondere Daten zum Gesundheitszustand von Säuglingen, Kindern und Jugendlichen relevant. Beispielsweise werden Befunde aus Einschulungsuntersuchungen zu Merkmalen wie Unter- und Übergewicht, Adipositas, Grob- und Visuomotorik, Sprachförderbedarf und Impfquoten ausgegeben.

Nutzungshinweis:

Über den Gesundheitsatlas lässt sich beispielsweise ein Kreisprofil in Berichtsform zu den unterschiedlichen Themen erstellen. Der Bericht kann inkl. Fließtext, Diagramme und Tabellen als PDF abgespeichert werden.

Datenatlas zur Bildungsberichterstattung Baden-Württemberg www.bildungsbericht-bw.de

Mit dem Datenatlas werden ausgewählte Bildungsindikatoren auf der Ebene der Stadt- und Landkreise in tabellarischer, grafischer und kartografischer Form interaktiv angeboten. Es stehen aktuelle Informationen zu den Schwerpunkten allgemeinbildende Schulen und berufliche Schulen auf Grundlage der amtlichen Statistik des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg zur Verfügung. Ergänzt wird dieses Angebot mit Daten zur frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung sowie dem Themenbereich Demografie. Wo möglich werden die Indikatoren im Zeitverlauf dargestellt, um Entwicklungen aufzuzeigen und Trends zu erkennen.

Nutzungshinweis:

Aus dem Datenatlas können Grafiken, Tabellen oder Karten exportiert werden. Es besteht auch die Möglichkeit, alle Daten im Dateiformat Microsoft Excel herunterzuladen und damit weiterführende Auswertungen vorzunehmen.

Datenbank Atypische Beschäftigung Hans-Böckler-Stiftung www.boeckler.de/tools/atypischebeschaeftigung

Die regionale Datenbank „Atypische Beschäftigung“ des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler Stiftung (WSI) stellt für alle Stadt- und Landkreise in der Bundesrepublik Deutschland Daten zur atypischen Beschäftigung zur Verfügung. Sie bietet einen schnellen Überblick zur Entwicklung der Beschäftigung von 2005 bis 2015 mit Auswertungen in Tabellen und Grafiken.

Datenatlas zur Bildungsberichterstattung. Auskunftsdienst:

Landesinstitut für
Schulentwicklung BW

Daniela Krämer

bildungsbericht@ls.kv.bwl.de

Tel.: 0711 6642-1300

Datenbank Atypische Beschäftigung Auskunftsdienst:

Hans-Böckler-Stiftung

Dr. Toralf Pusch

Toralf-Pusch@boeckler.de

Tel.: 0211 7778-630

Nutzungshinweis:

Die Daten zur atypischen Beschäftigung lassen sich für den eigenen Kreis in einer PDF herunterladen. Darin enthalten sind Tabellen und Diagramme.

Wegweiser Kommune Auskunftsdienst:

Bertelsmann Stiftung
info@wegweiser-kommune.de
Tel.: 05241 8181-311

Bertelsmann Wegweiser Kommune der Bertelsmann Stiftung

www.wegweiser-kommune.de

Über das Internetportal Wegweiser Kommune stellt die Bertelsmann Stiftung für alle Kommunen mit mehr als 5 000 Einwohnerinnen und Einwohnern Bevölkerungsprognosen sowie ein breites Spektrum aktueller kommunaler Statistiken bereit. Zudem umfasst das Angebot eine Übersicht über gute kommunale Projekte zu den Schwerpunktthemen sowie weiterführende Hinweise auf Studien und Empfehlungen.

Nutzungshinweis:

Es besteht die Möglichkeit, sich kostenlos einen kommunalen „Sozialbericht“ erstellen zu lassen. Die Daten können in eigene Berichte eingebunden werden und sollen die Berichterstattung vor Ort zu kommunal relevanten Themen anstoßen.

SchuldnerAtlas Region Stuttgart Auskunftsdienst:

Creditreform
Gabriele Schlegel
g.schlegel@stuttgart.creditreform.de
Tel.: 0711 6641-112

SchuldnerAtlas

www.creditreform-stuttgart.de

Die Unternehmensgruppe Creditreform veröffentlicht jährlich den „SchuldnerAtlas Deutschland“ in dem an Hand von Überschuldungsmerkmalen unter anderem die Entwicklung der Verbraucherüberschuldung der letzten Jahre analysiert wird. Daneben wird im SchuldnerAtlas auch der Anteil überschuldeter Menschen an der Gesamtbevölkerung (Schuldnerquote) bis auf die Ebene der Land- und Stadtkreise zahlenmäßig dargestellt und in einer Landkarte abgebildet.

Nutzungshinweis:

Der SchuldnerAtlas enthält ausführliche Informationen in Form von Texten, Tabellen und Grafiken, die in den eigenen Bericht integriert werden können. Der Bericht kann exportiert und die Inhalte für die Berichterstattung verwendet werden.

Liga Stichtagserhebung

www.liga-bw.de/component/k2/8-stichtagserhebung-2016-25-erhebung

Die Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg erhebt in regelmäßigen Abständen in den Einrichtungen und Diensten der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege die Anzahl der betreuten Personen in den Hilfen nach §§ 67 ff. SGB XII. Erfasst werden Frauen und Männer in sozialer Ausgrenzung und Wohnungsnot.

Liga Stichtagserhebung Auskunftsdiens:

DiCV RS
Heiner Heizmann
heizmann.h@caritas-dicvrs.de
Tel.: 0711 2633-1181

Nutzungshinweis:

Der Bericht kann exportiert und die Inhalte für die Berichterstattung verwendet werden.

2.6 Eigene Befragungen

Für die kommunale Armuts- und Sozialberichterstattung kann auf ein umfangreiches Angebot quantitativer Daten zurückgegriffen werden. Diese Daten können um eigene Erhebungen ergänzt werden, um zum Beispiel qualitative oder kleinräumigere quantitative Daten zu erfassen. Regelmäßige Bürgerbefragungen der Kommune können dazu dienen, sozialraumorientierte Daten zu erheben. Qualitative Daten können beispielsweise durch Interviews, Fachgespräche, Stellungnahmen, Kommentare oder Arbeitsgruppen mit Expertinnen und Experten, Organisationen oder Betroffenen erhoben werden. Der Nutzen qualitativer Daten liegt unter anderem auch darin, Zugangsschwellen zu Unterstützungsangeboten abzubilden. Auch eine direkte Verbindung mit verfügbaren quantitativen Daten kann unter Umständen sinnvoll sein. So könnte beispielsweise der statistische Indikator „Arbeitslosenquote“ um die subjektive Einschätzung Arbeitsloser zu der Erreichbarkeit relevanter Erwerbsmöglichkeiten in der Region ergänzt werden, um entsprechende Inklusionsschwellen abzubilden.²⁷ Bezüglich der methodischen Vorgehensweise bei der Datenerhebung empfiehlt es sich, auf einschlägige Fachliteratur zurückzugreifen.²⁸

In einigen bestehenden kommunalen Armuts- und Sozialberichten wurden bereits eigene Erhebungen durchgeführt. Dabei unterscheiden sich sowohl die Erhebungsmethoden als auch der Kreis der Befragten. Im **Freiburger Sozialbericht 2014**²⁹ wurde beispielsweise auf eine schriftliche Bürgerbefragung der Stadt Freiburg zurückgegriffen um kleinräumigere Auswertungen zu realisieren. Für den **Armutsbericht**

²⁷ Vgl. Engels 2015.

²⁸ Mögliche **Fachliteratur für qualitative Erhebungen**: Lamnek, S. 2010: Qualitative Sozialforschung, Weinheim: Beltz; Mayring, P. 2002: Einführung in die qualitative Sozialforschung, Weinheim: Beltz; Flick, U. 2007: Qualitative Sozialforschung: Eine Einführung, Reinbeck: Rowohlt. Mögliche **Fachliteratur für quantitative Erhebungen**: Diekmann, A. 2012: Empirische Sozialforschung, Reinbeck: Rowohlt; Bühner, M. 2010: Einführung in die Test- und Fragebogenkonstruktion, München: Pearson Studium; Schöneck-Voß, N. M. & Voß, W. 2013: Das Forschungsprojekt. Planung, Durchführung und Auswertung einer quantitativen Studie. 2., überarbeitete Auflage, Wiesbaden: Springer VS; Kirchhoff, S., Kuhnt, S., Lipp, P. & Schlawin, S. 2003: Lehrbuch – Der Fragebogen. Datenbasis, Konstruktion und Auswertung, Wiesbaden: VS Verlag.

²⁹ Der Freiburger Sozialbericht 2014 ist unter folgendem Link abrufbar: www.freiburg.de/pb/207932

des **Stadtkreises Baden-Baden 2015**³⁰ wurde ein Interview mit der städtischen Schuldnerberaterin geführt, um deren fachliche Einschätzung darzustellen. Für die Sozialraumanalyse der **Sozialkonzeption der Stadt Tübingen 2015**³¹ wurden mehrere Stadtteilbegehungen zum Zweck der Sozialraumabgrenzung durchgeführt.

3. Praxisbeispiele

Zu fünf zentralen Qualitätsmerkmalen³² einer Armuts- und Sozialberichterstattung werden im Folgenden konkrete Ansatzpunkte in Form von Beispielen aus der Praxis dargestellt:

- Strategischer Prozess
- Beteiligungsorientierung
- Sozialraumorientierung
- Armut sichtbar machen
- Handlungsorientierung

Die Praxisbeispiele zeigen jeweils eine mögliche Vorgehensweise bezüglich der Qualitätsmerkmale. Auch weitere Berichte auf kommunaler Ebene verfolgen innovative und interessante Ansätze (*siehe Anhang A*).

Praxisbeispiel
„Bericht zur sozialen Lage
in Pforzheim 2012“



Ansprechperson:

Stadt Pforzheim
Joachim Hülsmann

Joachim.Huelsmann@stadt-pforzheim.de

Tel.: 069 6670-601

3.1 Strategischer Prozess

Die Erstellung einer Armuts- und Sozialberichterstattung besteht aus mehreren aufeinander aufbauenden Handlungsschritten, die es strategisch anzugehen gilt. Durch einen strategischen Prozess wird nicht nur die Qualität der Berichterstattung verbessert, das zielgerichtete Vorgehen dient auch dem Zweck, knappe Personal- und Finanzressourcen bedarfsgerecht einzusetzen.³³

In der Stadt Pforzheim wurde 2012 ein **Bericht zur sozialen Lage** im Rahmen eines größer angelegten Sozial- und Integrationsplans³⁴ erstellt. Ausgangspunkt des Planungsprozesses stellte ein Beschluss des Gemeinderats der Stadt Pforzheim dar. Aufgrund regionaler Besonderheiten beinhaltete bereits die Beschlussvorlage eine inhaltliche Schwerpunktsetzung auf das Thema Integration. In Arbeitsgruppen mit verschiedenen Fachabteilungen und externen Akteurinnen und Akteuren wurden die Ausgangssituation beleuchtet und auf Basis dessen entsprechende Ziele formuliert.

³⁰ Der erste Armutsbericht für den Stadtkreis Baden-Baden 2015 ist unter folgendem Link abrufbar: www.baden-baden.de/mam/files/bildung/bildungsregion/armutsbericht_2015.pdf

³¹ Die Sozialkonzeption der Universitätsstadt Tübingen 2015 ist unter folgendem Link abrufbar: www.tuebingen.de/8

³² Hierbei wird kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben. Es gibt eine Vielzahl an möglichen Qualitätsmerkmalen für kommunale Armuts- und Sozialberichterstattungen, die je nach Fragestellung und Schwerpunktsetzung in ihrer Relevanz variieren. (Vgl. NRW.ProjektSoziales GmbH 2016a, S. 6 ff).

³³ Vgl. NRW.ProjektSoziales GmbH 2016a, S. 6 f.

³⁴ Alle fünf Teile des Sozial- und Integrationsplans Pforzheim 2012 sind unter folgendem Link abrufbar: www.pforzheim.de/buerger/buergerservice/rat-hilfe/sozial-und-integrationsbericht



Dieses Vorgehen entspricht einer strategisch orientierten Planung, in der die relevanten kommunalen Akteurinnen und Akteure aus unterschiedlichen Planungsperspektiven zielorientiert zusammenarbeiten.³⁵ Bei der konkreten Umsetzung des Berichts zur sozialen Lage in Pforzheim erfolgte zunächst eine indikatorengestützte Analyse anhand statistischer Daten und einer eigenen Befragung, um die örtlichen Bedarfsstrukturen aufzuzeigen. Im Rahmen einer Bestandsaufnahme wurden vorhandene Leistungsangebote und infrastrukturelle Rahmenbedingungen beleuchtet. Ergänzend zur deskriptiven Darstellung bietet der Bericht Analysen zu aktuellen Herausforderungen und sozialen Zusammenhängen. In einer separaten Broschüre (Teil 4 des Strategischen Sozial- und Integrationsplans) werden Handlungsempfehlungen formuliert. Ausgangspunkt hierfür sind die strategischen Ziele, die zu Beginn des Prozesses festgelegt wurden.

Im strategischen Sozial- und Integrationsplan Pforzheim war bereits zu Beginn des Planungsprozesses eine anschließende Bewertung der Wirksamkeit vorgesehen. Die formulierten Ziele und Handlungsempfehlungen sollen durch eine Evaluation hinsichtlich der Zielerreichung und Wirksamkeit überprüft werden. Im Rahmen eines Sozialmonitorings sollen außerdem ausgewählte Indikatoren jährlich verwaltungsintern fortgeschrieben werden. Für beide Vorhaben wurden entsprechende Arbeitsgruppen gebildet.

Der gesamte Prozess des strategischen Sozial- und Integrationsplans Pforzheim 2012 ist in fünf öffentlich verfügbaren Broschüren detailliert und nachvollziehbar dargestellt.

Was hat sich seit der Veröffentlichung getan?

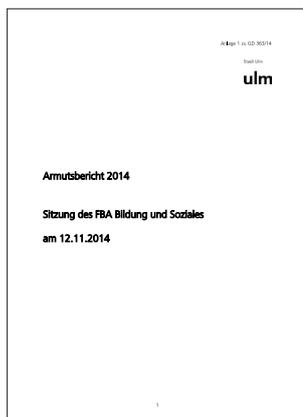
- Die geplante Evaluation der strategischen Ziele und Handlungsempfehlungen wird derzeit verwaltungsintern durchgeführt.
- Ein verwaltungsinternes Sozialmonitoring wurde realisiert und wird seitdem jährlich aktualisiert.
- Eine Fortschreibung des Sozialberichts unter Berücksichtigung der Evaluationsergebnisse ist in Planung.

3.2 Beteiligungsorientierung

Da es sich bei der Armuts- und Sozialberichterstattung als Teil der Sozialplanung in der Regel um eine Querschnittsaufgabe handelt, ist es notwendig, die relevanten kommunalen Fachabteilungen miteinzubinden. Zudem empfiehlt es sich, die Träger der freien Wohlfahrtspflege zu beteiligen. Um die subjektive Perspektive von armutsbetroffenen Menschen zu berücksichtigen, können zusätzlich Betroffene ein-

³⁵ Vgl. NRW.ProjektSoziales GmbH 2016a, S. 11.

Praxisbeispiel „Ulm – Armutsbericht 2014“



Ansprechperson:

Stadt Ulm
Andrea Janisch
a.janisch@ulm.de
Tel.: 0731 161-5118 und

Markus Kienle
m.kienle@ulm.de

gebunden werden. Die subjektive Sicht auf Armut ist bisher nicht gängige Praxis in der Armuts- und Sozialberichterstattung, gewinnt in der Forschung aber zunehmend an Bedeutung.³⁶ Eine breite Beteiligung begünstigt ein ganzheitliches Konzept und fördert die Akzeptanz des Berichts. Es besteht eine Vielzahl möglicher Beteiligungsverfahren, die generell auch kombiniert werden können.³⁷

Im **Armutsbericht Ulm 2014**³⁸ fand eine Beteiligung der Träger freier Wohlfahrtspflege verstärkt im Bereich der Darstellung bestehender Angebote statt. Bei der Bestandserhebung der vorhandenen sozialen Infrastruktur wurden die Angebote und Maßnahmen der Kommune sowie der freien Träger aufgezeigt. Der umfassende Überblick ist durch die Zusammenarbeit der kommunalen Fachabteilungen mit den freien Trägern möglich. Der Beteiligungsprozess fand insbesondere im Dialogforum Soziales³⁹ statt, wo die Mitglieder gebeten wurden, ihre Angebote und Maßnahmen für Menschen, die von Armut betroffen oder armutsgefährdet sind, sowie mögliche Handlungsempfehlungen gegenüber der Verwaltung einzubringen. Ergänzend zur gesamtstädtischen Darstellung folgten kleinräumigere Analysen bestehender Angebote auf Stadtteilebene. Das Vorgehen dient der differenzierten Betrachtung lokaler Angebote innerhalb der Stadtteile. Im Anhang des Berichts finden sich die Stellungnahmen der Mitglieder des Dialogforums Soziales zu Angeboten und thematischen Schwerpunkten der Verbände sowie zu problematischen Lücken in der sozialen Infrastruktur. Insgesamt zeigt der Bericht eine Möglichkeit, wie freie Träger auf gesamtstädtischer und auf Stadtteilebene eingebunden werden können, um deren Perspektive einzubeziehen und eine ganzheitliche Darstellung sozialer Angebote zu erreichen.

Was hat sich seit der Veröffentlichung getan?

- 2015 wurde die Umsetzung der Handlungsempfehlungen abgefragt. Der erreichte Umsetzungsstand wurde zusammen mit den aktualisierten Daten dem Gemeinderat vorgelegt.
- Die Daten des Armutsberichts werden jährlich aktualisiert und der Umsetzungsstand der jeweiligen Handlungsempfehlungen beschrieben.
- 2017 wurde ein Bericht mit dem Schwerpunkt Kinderarmut in Ulm vorgelegt (*siehe Kapitel 3.4*).

Ein Beispiel für die Einbindung der von Armut Betroffenen bietet die **Kinderarmutsstudie der Stadt Tübingen**⁴⁰. Die Studie wurde in Kooperation mit dem Institut für angewandte Sozialwissenschaften, Zentrum für kooperative Forschung an der DHBW Stuttgart, Fakultät Sozialwesen mit einem umfassenden Beteiligungsprozess

³⁶ Vgl. FGW-Studie 2017.

³⁷ Vgl. Schubert, Herbert 2012, S. 31 ff.

³⁸ Der Armutsbericht Ulm 2014 kann unter folgendem Link abgerufen werden: www.buergerinfo.ulm.de/vo0050.php?__kvonr=3554

³⁹ Das Dialogforum Soziales besteht aus Vertreterinnen und Vertreter der freien Wohlfahrtspflege, des Gemeinderats und der Sozialbürgermeisterin. Zu den Sitzungen werden Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung eingeladen. Der Vorsitz wird von einer Vertreterin oder einem Vertreter der Verbände übernommen.

⁴⁰ Der Abschlussbericht ist unter folgendem Link abrufbar: www.tuebingen.de/Dateien/2014_121.pdf

und einer Familienbefragung durchgeführt. Der Fragebogen der Familienbefragung wurde unter breiter Beteiligung bürgerschaftlich und beruflich tätiger Personen aus Tübinger Vereinen und Institutionen sowie Gemeinderatsmitgliedern der Fraktionen erstellt. Ehrenamtliche Interviewerinnen und Interviewer wurden für die Aktivierende Befragung (Bürger/innen befragen Bürger/innen) geschult und haben die Befragungen mit Personen aus ihrem jeweiligen Umfeld durchgeführt. Durch dieses Vorgehen wurde direkt von Betroffenen in Erfahrung gebracht, wo Probleme liegen, welche Angebote in Tübingen hilfreich sind und welche fehlen. Anhand dieser Erkenntnisse können beispielsweise Hilfen besser am Bedarf ausgerichtet und die Zielgruppen besser erreicht werden. Aufbauend auf den Ergebnissen der Kinderarmutsstudie wurde die Agenda „Gute Chancen für alle Kinder“ entwickelt, ein Programm zur Kinderarmutsprävention mit elf Handlungsfeldern. Diese Agenda wird vom Gemeinderat politisch unterstützt. „Erklärtes Projektziel war es, Familien – Eltern, Kinder und Jugendliche, die von Armut betroffen sind – als Expertinnen und Experten in eigener Sache zu hören, einzubeziehen und zu aktiver Beteiligung zu ermutigen.“⁴¹ Außerdem wurde der Runde Tisch Kinderarmut⁴² gegründet, an dem sich über 60 Beteiligte aus Vereinen, Initiativen, der Bürgerschaft, den Gemeinderatsfraktionen und der Stadtverwaltung engagieren um die Handlungsvorschläge aus der Kinderarmutsstudie vorzubringen und umzusetzen.

Praxisbeispiel
„Kinderarmutsstudie
der Stadt Tübingen“

Ansprechperson:
Stadt Tübingen
Elisabeth Stauber
Elisabeth.Stauber@tuebingen.de
Tel.: 07071 204-1531

Was hat sich seit der Veröffentlichung getan?

- Ausbau der Teilhabeangebote, unter anderem ermäßigter Nahverkehr, Ferien- und Bildungsangebote, Schwimmen für alle Kinder
- Gewinnung von über 100 TAPs (Tübinger Ansprechpartner für Kinderarmut/Kinderchancen) in KiTa's, Schulen, Jugendhäusern, Vereinen, Kirchengemeinden
- Aufbau von Stadtteiltreffs und Familienzentren
- Stadtteilsozialarbeit in 3 Stadtteilen Nord, Süd, West
- Schaffung der KinderCard für Familien an der Armutsschwelle
- und vieles mehr

3.3 Sozialraumorientierung

Unterschiede der Armutslagen finden sich sowohl zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen als auch zwischen Regionen. So können sich die Lebenslagen in verschiedenen Sozialräumen einer Kommune deutlich unterscheiden.⁴³ Um einen differenzierten Blick auf die Situationen in den einzelnen Gebieten zu erhalten, empfiehlt es sich daher, die Armut- und Sozialberichterstattung auf kommunaler

41 Forschungsbericht „Gute Chancen für alle Kinder“ 2014, S.1. Abrufbar unter www.tuebingen.de/Dateien/forschungsbericht_gute_chancen_fuer_alle_kinder_lfaS.pdf

42 Weitere Informationen unter www.buendnis-fuer-familie-tuebingen.de

43 Vgl. NRW.ProjektSoziales GmbH 2016c, S. 15.

Ebene möglichst kleinräumig zu konzipieren. „Es handelt sich dabei stets um eine Art Kompromiss, einen Raum zu definieren, der den Lebensbezug der Anwohner und deren lokalen Nahraum abbildet und gleichzeitig eine Einheit festzulegen, für die sozialstatistische Daten in dieser Größenordnung verfügbar sind“.⁴⁴

Praxisbeispiel „Mannheimer Sozialatlas 2014“



Ansprechperson: Stadt Mannheim

Andrea Ebert
Andreas.Ebert@mannheim.de
Tel.: 0621 293-3436

Im **Mannheimer Sozialatlas 2014**⁴⁵ wurde für den Zweck der Berichterstattung eine modifizierte räumliche Gliederung entwickelt. Als Grundlage dienten die administrativen Ebenen der Stadtverwaltung. Mit 78 statistischen Bezirken bietet die unterste Ebene eine sehr kleinräumige Darstellung. Um die Bevölkerungszahlen je Sozialraum soweit zu erhöhen, dass statistisch aussagekräftige Darstellungen möglich sind, wurden die Bezirke teilweise zusammengefasst. Die entstandenen 44 Planungsräume überschreiten dabei nicht die Grenzen der darüber liegenden administrativen Ebene „Stadtteile“. Die Analyse statistischer Daten erfolgte im Sozialatlas auf Ebene der 44 Planungsräume, sofern die Daten auf dieser Ebene vorhanden waren.

Im fünften Kapitel des Sozialatlas wurden die 44 Planungsräume anhand einer Clusteranalyse verschiedenen charakteristischen Gebietstypen zugeordnet, um die sozialräumlichen Informationen der Stadt übersichtlich darzustellen. Bei der Clusteranalyse handelt es sich um ein statistisches Verfahren, in dem auf Grundlage ausgewählter Indikatoren Gruppen von Planungsräumen gebildet werden, die sich möglichst stark voneinander unterscheiden, wobei sich die Planungsräume innerhalb einer Gruppe möglichst ähnlich sind. Anhand dieser Methode können beispielsweise besonders entwicklungsbedürftige Sozialräume ermittelt werden. Für die Stadt Mannheim haben sich hinsichtlich der Indikatoren zu sozialen Problemlagen und Demografie sieben unterschiedliche Gebietstypen ergeben. Im Sozialatlas werden die einzelnen Typen auf Grundlage der verwendeten Indikatoren detailliert beschrieben.

Was hat sich seit der Veröffentlichung getan?

- Im Rahmen eines umfangreichen strategischen Prozesses zu einem integrierten Sozialmanagement wird derzeit (bis 2019) eine dezernatsübergreifende räumliche Gliederung für die städtischen Berichterstattungen und Planungen abgestimmt, die sich an den 44 Planungsräumen des Sozialatlas orientiert.
- Die Fortschreibung des Sozialatlas mit dem Datenstand von 2016 wird 2018 veröffentlicht. Die Gliederung und Struktur sind identisch zum ersten Bericht. Zusätzlich werden einzelne Themenbereiche aufgrund aktueller Relevanz ausführlicher dargestellt und Handlungsempfehlungen formuliert.

⁴⁴ NRW.ProjektSoziales GmbH 2016b, S. 8.

⁴⁵ Der Mannheimer Sozialatlas 2014 kann unter folgendem Link abgerufen werden: www.mannheim.de/sozialatlas

In der kommunalen Praxis werden Sozialräume in der Regel als administrative Räume verstanden, die bereits als Planungseinheiten der Stadtverwaltung dienen und für die entsprechende statistische Daten vorliegen. Nicht immer entspricht diese Einteilung der tatsächlichen Raumwahrnehmung und sozialen Gegebenheit. Im Idealfall findet in solchen Fällen eine Verbindung administrativer und sozial begründeter Raumorientierungen statt.

Ein Beispiel aus der Praxis zur Ergänzung administrativer Sozialräume durch Aspekte qualitativer Nutzung stellt die **Sozialkonzeption der Universitätsstadt Tübingen**⁴⁶ aus dem Jahr 2015 dar, die in Zusammenarbeit mit dem Institut für Stadtplanung und Sozialforschung Weeber+Partner entwickelt wurde. Für diesen Zweck wurde eine Sozialraumanalyse durchgeführt. Die bereits durch die Bildungsplanung festgelegten

Praxisbeispiel

„Sozialkonzeption für die Universitätsstadt Tübingen 2015“



Was hat sich seit der Veröffentlichung getan?

- Einige Handlungsempfehlungen wurden bereits umgesetzt:
 - Koordination der Tübinger Stadtteiltreffs durch eigene Stelle und bereits Besetzung der Stadtteilsozialarbeit in einem Stadtteil mit Entwicklungsbedarf,
 - Konzeption zum Themenschwerpunkt Senioren & Pflege,
 - weiteres - vgl. Gemeinderatsvorlage 290/2016: Stand Sozialkonzeption.
- Neugeschaffene Stelle: Bildungs- und Sozialplanung für
 - Fortschreibung der Sozialdaten (Sozialraum-Monitoring),
 - Weiterentwicklung und kontinuierliche Fortschreibung der Sozialberichterstattung (derzeit in Planung).
- Das sozialräumliche Paradigma ist durch die Sozialkonzeption in der Stadtverwaltung ressortübergreifend in den Vordergrund gerückt.
- Die 15 Sozialräume werden stadtübergreifend auch außerhalb der Sozialplanung für räumliche Analysen und Statistiken genutzt.

Ansprechperson:

Stadt Tübingen

Iris Sadlowski

Iris.Sadlowski@tuebingen.de

07071/204-1727

Sozialräume wurden durch Ortsbegehungen und die Beteiligung der Menschen vor Ort sowie durch umfangreiche Abstimmungsprozesse mit den relevanten Fachabteilungen angepasst. Die daraus resultierenden 15 Sozialräume wurden anhand statistischer Daten, städtebaulicher und qualitativer Merkmale wie Kontaktorte, Vernetzung und Freiräume analysiert und in Steckbriefen ausführlich beschrieben. Damit wurde der Lebensraum als zentrale Größe zur Analyse genutzt. Kartierungen der qualitativen Merkmale in den Sozialräumen finden sich im Anhang des Berichts.

⁴⁶ Die Sozialkonzeption der Universitätsstadt Tübingen 2015 ist unter folgendem Link abrufbar: www.tuebingen.de/verwaltung/verfahren#sozialkonzeption

3.4 Armut sichtbar machen

In der Armuts- und Sozialberichterstattung stehen insbesondere von Armut betroffene oder bedrohte Personengruppen im Fokus. Dabei existieren unterschiedliche Konzepte und Indikatoren, um Armut oder Armutsgefährdung abzubilden.⁴⁷ Um der Vielschichtigkeit von Armut gerecht zu werden, ist es empfehlenswert, in der Armuts- und Sozialberichterstattung mehrere Ansätze zur Erfassung von Armut zu kombinieren.⁴⁸

Praxisbeispiel

„Erster Armutsbericht für den Stadtkreis Baden-Baden 2015“



Ansprechperson:

Stadtkreis Baden-Baden

Steffen Miller

steffen.miller@baden-baden.de

Tel.: 07221 93-1412

Im ersten **Armutsbericht für den Stadtkreis Baden-Baden 2015**⁴⁹ wurden Merkmale materieller Armut um qualitative Aspekte der Lebenslagen ergänzt. Der datenorientierten Analyse liegt das Verständnis der materiellen Armut zugrunde, welche anhand von Indikatoren auf kommunaler Ebene dargestellt wird. Teil des quantitativen Kapitels sind außerdem Erscheinungsformen von Armut und davon besonders stark betroffene Personengruppen. Zusätzlich werden die differenzierten Leistungen des örtlichen Hilfesystems zur Armutsvermeidung für die jeweiligen Risikogruppen aufgezeigt und ausgewertet.

Die Daten und Fakten werden durch 20 Fallbeispiele betroffener Personen ergänzt: Eltern, die das Kind bei jedem Wetter zu Fuß zur Kita bringen, weil das Geld für die Busfahrkarte fehlt. Der Hausbewohner einer betreuten Wohnform, der ab der Mitte des Monats nur noch Nudeln kocht, weil das Geld ausgeht und die Scham vor Hilfsmaßnahmen zu groß ist. Das Rentnerpaar, dessen Rente nicht für die Miete reicht und dadurch von Obdachlosigkeit bedroht ist. Durch die Veranschaulichung der Fälle gelingt es, Armut ein persönliches Gesicht zu geben. Die Beispiele wurden aus unterschiedlichen Bereichen der Sozialverbände der Liga der freien Wohlfahrtspflege zusammengetragen und verdeutlichen die Komplexität und Vielschichtigkeit von Armut.

Was hat sich seit der Veröffentlichung getan?

- Die Erkenntnisse des Armutsberichts sind in die integrierte Sozialplanung der Stadt eingeflossen
- Eine Fachstelle für Wohnraumsicherung wurde neu geschaffen
- Projekte im sozialen Wohnungsbau unter Berücksichtigung von Barrierefreiheit sind entstanden
- Unterschiedliche Kinder- und Familienprojekte sind entstanden
- Die Thematik der Armut ist in der Öffentlichkeit präsenter
- Ein weiterer Armutsbericht ist derzeit nicht in Planung

Die Stadt Ulm hat im November 2017 einen **Bericht zur Kinderarmut**⁵⁰ vorgestellt. Im Bericht wurde zunächst das Phänomen Armut ausführlich beschrieben und der bisherige Forschungsstand dargestellt. Die Definition von Kinderarmut wird wie folgt zusammengefasst:

⁴⁷ Siehe hierzu Anhang B.

⁴⁸ Vgl. NRW.ProjektSoziales.GmbH 2016c.

⁴⁹ Der erste Armutsbericht für den Stadtkreis Baden-Baden 2015 ist unter folgendem Link abrufbar: www.baden-baden.de/mam/files/bildung/bildungsregion/armutsbericht_2015.pdf

⁵⁰ Der Bericht zur Kinderarmut in Ulm 2017 ist unter folgendem Link abrufbar: <http://buengerinfo.ulm.de/getfile.php?id=66167&type=do>

„Zusammenfassend lässt sich [...] sagen,

- dass Kinderarmut auf familiärer Einkommensarmut basiert (sowohl Familien, die im Leistungsbezug sind, als auch solche, die Anspruch auf Leistungen haben, diese aber aus verschiedenen Gründen nicht abrufen),
- sich durch Auffälligkeiten bzw. Beschränkungen des Kindes in den Lebenslagen-dimensionen zeigt und
- zu Entwicklungs- und Versorgungsdefiziten sowie sozialer Ausgrenzung führt.

Sie schränkt ein Aufwachsen im Wohlergehen ein und verhindert, dass Kinder und Jugendliche ihre Potentiale und Ressourcen optimal entwickeln können. Daraus resultieren Langzeitfolgen für das Individuum und die Gesellschaft.“⁵¹

Es werden die wichtigsten Studien der letzten Jahre zum Thema Kinderarmut in Deutschland aufgelistet und kurz beschrieben. Auch empirische Befunde zur Auswirkung von Armut auf Kinder, Jugendliche und ihre Familien werden ausführlich dargestellt. Die Armutsprävention und Konzepte zur Verbesserung der Teilhabe und Verwirklichungschancen von Kindern aus von Armut betroffenen Familien werden in einem eigenen Kapitel detailliert behandelt.

Außerdem werden unterschiedliche Handlungsfelder benannt und beschrieben, in denen Kinderarmut präsent ist, beispielsweise in Bildungseinrichtungen oder sozialraumorientiert in Quartieren.

Insgesamt bietet der Bericht neben den Datenanalysen und Handlungsempfehlungen auch eine theoretische und wissenschaftliche Beschreibung und Einordnung der Thematik (Kinder-)Armut.

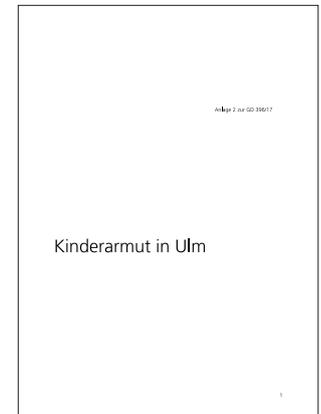
Was hat sich seit der Veröffentlichung getan?

- Über den Umsetzungsstand der Handlungsempfehlungen wird im Herbst 2018 dem Gemeinderat berichtet

3.5 Handlungsorientierung

Die vorab gesetzten strategischen Ziele der Armuts- und Sozialberichterstattung sind der Ausgangspunkt für die Formulierung von Handlungsempfehlungen. Idealerweise lassen sich auf Basis der analysierten Daten in Kombination mit Einschätzungen der beteiligten Akteurinnen und Akteure und ggf. Betroffenen konkrete Handlungsempfehlungen ableiten, die zur Erreichung der Ziele beitragen. Die Ausrichtung auf

Praxisbeispiel „Kinderarmut in Ulm 2017“



Ansprechperson:

Stadt Ulm
Andrea Janisch
a.janisch@ulm.de
Tel.: 0731 161-5118 und

Markus Kienle
m.kienle@ulm.de

⁵¹ Stadt Ulm 2017: Kinderarmut in Ulm, S. 3.

Handlungsorientierung in den bestehenden kommunalen Armuts- und Sozialberichterstattung ist insgesamt sehr vielfältig. Im Folgenden werden drei unterschiedliche Vorgehensweisen dargestellt.

Im **Mannheimer Sozialdatenatlas 2014**⁵² wurden im Rahmen der Berichterstattung keine Handlungsempfehlungen formuliert. Ziel des Berichts war es, ein strategisches Instrument zu entwickeln, um die Thematik und Ausprägung von Armut an die Öffentlichkeit zu tragen. Um den Sozialdatenatlas handlungsorientierter zu gestalten, wurde die Zielsetzung der Sozialberichterstattung für das Berichtsjahr 2016 angepasst und um die Formulierung von Handlungsempfehlungen erweitert. Für die Formulierung der Handlungsempfehlungen wurde eine Vorgehensweise gewählt, bei der zunächst auf Grundlage der Daten verwaltungsintern thematische Handlungsschwerpunkte definiert wurden mit dem vorrangigen Ziel, eine politische Diskussion über sozialpolitische Konsequenzen und Prioritätensetzung zu erleichtern bzw. anzustoßen. Ein Beteiligungsprozess fand bis dahin nicht statt, vielmehr gilt es, die im Sozialdatenatlas formulierten Handlungsempfehlungen als Grundlage zu nutzen und weiter fachplanerisch zu konkretisieren und auszuarbeiten.

Praxisbeispiel „Soziale Sicherung im Neckar-Odenwald-Kreis 2016



Ansprechperson:

Neckar-Odenwald-Kreis
Landratsamt

Michael Wedler

Michael.Wedler@neckar-
odenwald-kreis.de

Tel.: 06261/84-2001

Im **Strategischen Sozial- und Integrationsplan Pforzheim 2012**⁵³ wurden die Handlungsempfehlungen aus den zuvor formulierten strategischen Zielen und den dargestellten Daten zur sozialen Lage entwickelt. Beteiligt waren federführend die Abteilung Sozialplanung in Zusammenarbeit mit weiteren Ämtern der Stadt Pforzheim. Die Handlungsempfehlungen wurden anschließend in Arbeitsgruppen mit internen und externen Akteurinnen und Akteuren diskutiert und entsprechend ergänzt, modifiziert oder verworfen. Abschließend folgte eine Systematisierung der Handlungsempfehlungen durch die Zuordnung zu den einzelnen strategischen Zielen.

Im Bericht zur **Sozialen Sicherung im Neckar-Odenwald-Kreis 2016**⁵⁴ gibt es kein separates Kapitel zu Handlungsempfehlungen. Stattdessen folgt nach der analytischen Darstellung eines jeden Handlungsfeldes ein „Ausblick“. Diese Ausblicke enthalten Prognosen für zukünftige Entwicklungen und Problemlagen im jeweiligen Handlungsfeld und stellen entsprechende Handlungsempfehlungen sowie bestehende und geplante Maßnahmen dar. Teilweise werden auch die Handlungsempfehlungen und daraus entwickelte Angebote aus dem Vorjahresbericht beurteilt. Die Formulierung der Ausblicke erfolgt verwaltungsintern und dient als Grundlage für Weiterentwicklungen. Durch die jährliche Fortschreibung des Berichts mit dem Ausblick auf das darauffolgende Jahr findet eine regelmäßige Bewertung entwickelter Angebote statt.

⁵² Die Mannheimer Sozialatlanten 2014 und 2016 sind unter folgendem Link abrufbar: www.mannheim.de/sozialatlas

⁵³ Alle fünf Teile des Sozial- und Integrationsplans Pforzheim 2012 sind unter folgendem Link abrufbar: www.pforzheim.de/buerger/buergerservice/rat-hilfe/sozial-und-integrationsbericht

⁵⁴ Der Bericht zur Sozialen Sicherung im Neckar-Odenwald-Kreis 2016 ist unter folgendem Link abrufbar: http://www.neckar-odenwald-kreis.de/nok_media/landratsamt/verwaltung/Jugend_und_Soziales_FB3/Downloads+FB3+Allgemein/Sozialbericht+2016.pdf&highlight=sozialbericht

Literatur

Engels, Dietrich (2015): Anforderung an lokale Armutsberichterstattung. Befunde aus der angewandten Sozialforschung. Präsentation beim Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG).

Forschungsinstitut für gesellschaftliche Entwicklung (FGW) (2017): Die subjektive Wahrnehmung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Stand der Forschung und Perspektiven für vertiefende Erhebungen.

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V.(ISS) (2007): Infobörse „Teilhabe und soziale Integration“, Ergebnis- und Abschlussbericht, http://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Berichte/dritter-armuts-reichtumsbericht-forschungsprojekt-infoboerse-teilhabe-und-soziale-integration.pdf?__blob=publicationFile&v=2

Krampe, Andreas (2015): Armutsvermeidung durch Existenzsicherung - Vorschläge für eine kommunale Armutsberichterstattung, in: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. 2/2015, S. 73 – 77.

NRW.ProjektSoziales.GmbH (Hrsg.) (2016a): Strategische Sozialplanung. Ein Überblick. FSA-Infogramm/01.

NRW.ProjektSoziales.GmbH (Hrsg.) (2016b): Der Sozialraum als Bezugsgröße. Definition und Konstruktion. FSA-Infogramm/02.

NRW.ProjektSoziales.GmbH (Hrsg.) (2016c): Armut im Sozialraum. FSA-Infogramm/08.

Schubert, Herbert (2012): Kooperative Sozialplanung - Gute Beispiele der Zusammenarbeit von Kommunen und Kreisen mit der Freien Wohlfahrtspflege. Dokumentation der Fachtagung des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales Nordrhein-Westfalen am 16. November 2012 in Düsseldorf. <https://broschueren.nordrheinwestfalendirekt.de/herunterladen/der/datei/doku-kooperative-sozialplanung-pdf/von/kooperative-sozialplanung-gute-beispiele-der-zusammenarbeit-von-kommunen-und-kreisen-mit-der-freien-wohlfahrtspflege/vom/mags/1526>

Werner, Walter (2015): Voraussetzungen und Wege für eine qualifizierte Armuts- und Reichtumsberichterstattung. Vortrag zur Konferenz des Mannheimer Bündnisses UMfairTEILEN „Kinderarmut in einem reichen Land. Die Situation in Mannheim.“ am 11. April 2015 im Jugendkulturzentrum Forum, http://www.umfairteilen-mannheim.de/wordpress/wp-content/uploads/2015/06/Final-WW_ARB_MA_11-04-2015-2.pdf

Anhang A: Ausgewählte Berichte auf kommunaler Ebene

Kommunale Armuts- und Sozialberichte können unterschiedliche Formate haben. Dabei reicht das Spektrum von Berichten, die das Thema Armut fokussieren, über breit angelegte Sozialberichte bis hin zu speziellen Themenberichten (beispielsweise zur Lebenslage von Alleinerziehenden oder Älteren). Insgesamt ist eine Entwicklung hin zu einer integrierten Planung und Berichterstattung in Kommunen zu beobachten. In den meisten Fällen wird Armut heute als ein Themen- oder Handlungsfeld im Rahmen einer breit angelegten Sozialberichterstattung abgedeckt. Dabei wird Armut und Ausgrenzung als ein Querschnittsthema gesehen, von dem Menschen in allen anderen Handlungsfeldern betroffen sein können (vgl. *beispielsweise Sozialkonzeption für die Universitätsstadt Tübingen*, S. 81). Gleichzeitig gibt es auch kommunale Armutsberichte, die sich intensiver mit dem Thema Armut befassen und bestimmte Risikogruppen und Lebenslagen gezielt in den Blick nehmen. In der Regel umfassen diese Berichte auch einen Überblick über die Angebote der Kommune und freien Träger, die sich an Menschen richten, die von Armut betroffen sind.

Um das breite Spektrum der Berichterstattung aufzuzeigen, werden im Folgenden einige Berichte vorgestellt, die in den letzten Jahren in baden-württembergischen Kommunen erstellt wurden. Dabei werden kommunale Sozialberichte mit dem Fokus auf Armut und breiter angelegte Sozialberichte, die das Thema Armut auch, aber nicht schwerpunktmäßig umfassen, dargestellt.⁵⁵

Sozialberichte kreisangehöriger Städte

Sozial- und Bildungsbericht der Stadt Rastatt 2014

Der Sozialbericht der Stadt Rastatt 2014 ist in diesem Umfang der erste seiner Art. Erstmals wurden umfangreiche Datenbestände ausgewertet und in Kartendarstellungen visualisiert. Wenn möglich, wurden die Daten nach Stadtteilen aufgeschlüsselt. Unterstützung bei der Erstellung erhielt die Stadt von der Firma berchtoldkrass space&options. Sie erarbeiteten die Datenintegration, -analyse und -visualisierung. Ziel des Sozialberichtes ist es, kommunale Strukturprobleme und Handlungsbedarfe zu erkennen und folglich sozialpolitische Maßnahmen zu entwickeln.

Abrufbar unter: www.rastatt.de/index.php?id=728&L=602

Demografie- und Sozialbericht Rheinfelden 2016/17

Im Rahmen des Demografie- und Sozialberichts Rheinfelden 2016/17 wird das Modul „Ältere Menschen und Pflege“ aus dem 1. Sozialbericht 2010/11 der Stadt

⁵⁵ Einige Armuts- und Sozialberichte werden bereits in Kapitel 3 vorgestellt und sind daher in dieser Übersicht nicht enthalten.

Rheinfelden fortgeführt. Bei der Durchführung wurde die Stadt unterstützt durch die SilverAge GmbH und die FOGS GmbH. Die Beschreibung der Altersentwicklung erfolgt auf der Ebene der Ortsteile. Außerdem stellt der Bericht das Modellprojekt PräSenZ vor, an dem die Stadt Rheinfelden seit 2015 teilnimmt. Das Projekt umfasst die schriftliche und persönliche Kontaktaufnahme mit Seniorinnen und Senioren mit dem Ziel, auf vorhandene Unterstützungsmöglichkeiten aufmerksam zu machen, eine Vernetzung herzustellen und den Bedarf zu erfassen. In einer Projektgruppe wurden Ideen und Maßnahmen gesammelt, die in stichwortartigen Kurzbeschreibungen am Ende des Berichtes vorgestellt werden. Diese beinhalten auch bereits umgesetzte Maßnahmen, auf denen weiterführende Vorschläge aufbauen. Ideen sind unter anderem die Evaluation von vorhandenen Programmen, der Ausbau von Beratungen in mehreren Bereichen sowie eine verstärkte Anwerbung von Pflegekräften.

Abrufbar unter: www.rheinfelden.de/ceasy/modules/core/resources/main.php?id=13316&download=1

Sozialberichte kreisfreier Städte

Sozialbericht der Stadt Freiburg 2014 mit Fokus Armutsgefährdung

Der Freiburger Sozialbericht - DatenReport 2014 - stellt anhand von ausgewählten Indikatoren und Kennzahlen Informationen zur sozialen Lage von Personen und Haushalten in der Stadt Freiburg bereit. Die Grundlage bildete das theoretische Indikatorenkonzept „Freiburger Sozialbericht – Basiskonzept für ein Freiburger Sozial-Monitoring“, welches von Prof. Dr. Berthold Diez entwickelt und in einem öffentlichen Beteiligungsprozess abgestimmt wurde. Der DatenReport umfasst 8 Berichtsteile mit insgesamt 125 Kennzahlen. Alle Kennzahlen des Reports stehen zeitnah auch über das interaktive Online-Angebot FR.ITZ zur Verfügung (unter www.freiburg.de/statistik) und werden hier regelmäßig fortgeschrieben. Der Bericht umfasst das Schwerpunktkapitel „Fokus Armutsgefährdung“. Auf der Basis einer repräsentativen und breit angelegten Bürgerbefragung, die in Freiburg alle zwei Jahre durchgeführt wird, werden in diesem Kapitel Armutsgefährdungsquoten bis auf die Ebene der Stadtteile berechnet.

Abrufbar unter: www.freiburg.de/pb/207932

Sozialdatenatlas Heilbronn 2017

Der Sozialdatenatlas Heilbronn 2017 ist bereits die 4. Fortschreibung des im Jahr 2000 erschienenen Sozialdatenatlas. Auf diesem bauen zum Beispiel auch der Bildungsbericht sowie der Integrationsbericht auf. Zunächst werden die Daten für den gesamten Stadtkreis, untergliedert in 25 Planungsbezirke, präsentiert. Diese umfassen Daten zur Sozial- und Jugendhilfestruktur, die Entwicklung in der Alten-, Eingliederungs- und Suchthilfe wie auch zu den Themen Flüchtlinge und Schule. Anschließend wird auf 10 Stadtteile detaillierter eingegangen.

Abrufbar unter: www.heilbronn.de/familie-gesellschaft/sozialdatenatlas

Sozialmonitoring der Landeshauptstadt Stuttgart

Im Sozialmonitoring der Stadt Stuttgart werden Daten, Grafiken, Schaubilder und Karten zu den einzelnen Stadtteilen der Stadt dargestellt. Daten zu Demografie, Haushalten, Einwohnern, Bildung, Gesundheit, Arbeit und Wohnen können individuell und gesondert betrachtet werden. Vergleichsdaten finden sich teilweise seit dem Jahr 2011. Das Sozialmonitoring soll als Instrument zur Verbesserung von Entscheidungsgrundlagen dienen.

Abrufbar unter: www.stuttgart.de/item/show/515355

Kindergesundheitsbericht der Landeshauptstadt Stuttgart

Im Kindergesundheitsbericht der Stadt Stuttgart werden Gesundheit, soziale Lage und medizinische Versorgung in den Stuttgarter Stadtteilen beleuchtet. Zum einen werden Aussagen zur gesundheitlichen Situation in den Stuttgarter Stadtteilen gemacht. Zum anderen werden Gesundheitsdaten mit Daten zur Lebenswelt der Kinder und zu ihrer Versorgungssituation ergänzt.

Abrufbar unter: www.stuttgart.de/item/show/305805/1/publ/26322

Sozialberichte der Landkreise

Sozialleistungsbericht Landkreis Esslingen 2016

Der Sozialleistungsbericht des Landkreises Esslingen behandelt die Themenfelder Sozialhilfe, Schuldnerberatung, Bildung und Teilhabe, Wohngeld sowie Betreuung. Dabei ist der gesamte Bericht vergleichsweise kurz gehalten. Eine sehr ausführliche Statistik weist er bei der Schuldnerberatung auf. Um die Entwicklung zu veranschaulichen, wurde meist als Basisjahr der Zeitreihe 2012 gewählt. Schon seit mehreren Jahren veröffentlicht der Landkreis Esslingen jährlich einen Sozialleistungsbericht.

Abrufbar unter: www.landkreis-esslingen.de/14217024

Soziale Sicherung im Neckar-Odenwald-Kreis Berichtsjahr 2016

Bereits zum 17. Mal erscheint im Neckar-Odenwald-Kreis ein Sozialbericht dieser Art. Im Berichtsjahr 2016 befasst sich der Neckar-Odenwald-Kreis ausführlicher mit den Themen des Arbeitsmarktes und der Arbeitssuche sowie mit sozialer Sicherung, Jugendhilfe und dem Gesundheitswesen. Ein weiterer kurzer Teil des Berichts widmet sich dem Aspekt Asyl und Integration. Detaillierte Daten werden auf Landkreisebene dargestellt und mit Baden-Württemberg verglichen. Zusätzlich bietet der Bericht Ausblicke für das Jahr 2017.

Abrufbar unter: www.neckar-odenwald-kreis.de/Landratsamt/Verwaltung/Fachbereich+3+_+Jugend+und+Soziales/Brosch%C3%BCren+und+Formulare

Sozialleistungsbericht 2016 des Landkreises Konstanz

In dem Sozialleistungsbericht des Landkreises Konstanz werden die soziale und gesellschaftliche Entwicklung aufgezeigt sowie zu vielen der Themen die Kostenentwicklung seit 2008 präsentiert. Die behandelten Themen umfassen

beispielsweise existenzsichernde Leistungen, Bildung und Teilhabe, Schuldnerberatung oder Migration. Teilweise werden Indikatoren nach einzelnen Gemeinden aufgeschlüsselt.

Abrufbar unter: www.lra-kn.de/pb/Lde/Sozialamt

Sozialbericht für den Landkreis Karlsruhe 2015

Im Fokus des Sozialberichts stehen Leistungen und Angebote der Sozialverwaltung des Landkreises. Darüber hinaus werden sozialstrukturelle Merkmale wie die Entwicklung der Bevölkerungs- und Familienstruktur, die Situation auf dem Arbeitsmarkt oder die Kriminalitätsentwicklung abgebildet. Die bisherigen Entwicklungen und Daten wurden weitestgehend auch für die einzelnen Kommunen ausgewiesen, um eine sozialräumliche Betrachtungsweise zu ermöglichen. Zudem umfasst der Bericht 18 Indikatoren für eine sozialstrukturstarke Kommune, die als Prüfkriterien für die kommunale Infrastruktur dienen können.

Abrufbar unter: www.landkreis-karlsruhe.de/1636_7795_1.PDF?1467890208

Sozialbericht des Ortenaukreises 2015

Der Sozialbericht Ortenaukreis 2015 knüpft an die bereits erschienenen Berichte der Vorjahre an und gibt einen Überblick über die Entwicklung in den Bereichen der Sozial- und Jugendhilfe sowie der Arbeitsförderung. Soweit sinnvoll und möglich werden Daten der fünf Raumschaften dargestellt. Der Bericht enthält Zeitreihen ab 2005 und geht auf die zukünftige demografische Entwicklung des Landkreises ein.

Abrufbar unter: www.ortenaukreis.de/2390_2359_1.PDF?1475213295

Sozialbericht für den Landkreis Ravensburg 2015

Der rote Faden des Berichtes ist das Thema Flüchtlinge. Die große Anzahl an Zuwanderungen im Landkreis hatte die Neugründung des Amtes für Migration und Integration im Oktober 2015 zur Folge. Zweites großes Thema des Berichtes ist die Eingliederungs- und Behindertenhilfe. Um diese und andere Entwicklungen besser nachvollziehen zu können, wurden als Vergleichsdaten Zahlen aus vorangegangenen Jahren herangezogen. Zusätzlich bildet der Bericht einzelne Pressemitteilungen und Dokumentationen abgeschlossener und laufender Maßnahmen und Projekte ab.

Abrufbar unter: www.landkreis-ravensburg.de/13459356

Sozialbericht für den Landkreis Göppingen 2016

Wie bereits in den vergangenen Jahren veröffentlichte das Landratsamt Göppingen 2016 einen Sozialbericht für den Landkreis. Dargestellt werden unter anderem Fallzahlen zur Bevölkerung, Arbeitslosigkeit, Jugendhilfe, Pflege, Ausbildung, Finanzen und zum Thema Flüchtlinge. Im Vergleich zum Bericht aus 2015 ist der vorliegende Bericht deutlich kürzer gehalten.

Abrufbar unter: www.landkreis-goeppingen.de/Kreissozialamt

Anhang B: Indikatorenübersicht

Tabelle 1 gibt eine Übersicht über Indikatoren, die in den meisten aktuellen kommunalen Armuts- und Sozialberichten Baden-Württembergs (entsprechend Anhang A) analysiert wurden und für die entsprechende Daten mindestens auf Stadt- und Landkreisebene verfügbar sind. Dementsprechend werden nur solche Indikatoren dargestellt, die durch die Mehrzahl der ausgewerteten Berichte erhoben und veröffentlicht wurden. Generell besteht eine Vielzahl an Indikatoren, die sich für die kommunale Armuts- und Sozialberichterstattung eignen. Die Auswahl der relevanten Indikatoren hängt nicht zuletzt von der konkreten Fragestellung und Zielsetzung der Berichterstattung ab. Gemäß dem Lebenslagenansatz kann die Analyse zahlreicher weiterer Indikatoren zu Lebensbereichen, die direkt oder indirekt in Zusammenhang mit der Thematik Armut stehen, zielführend sein. Einen Überblick über mögliche weiterführende Themenbereiche und entsprechende Indikatoren gibt **Tabelle 2**, wobei auch bei dieser Übersicht kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben wird. Insbesondere bei Sozialberichten ohne die Schwerpunktsetzung auf Armut empfiehlt es sich, weitere Themenbereiche zu berücksichtigen. Eine Indikatorenübersicht mit den jeweiligen Daten auf Landesebene und teilweise auch tiefer gegliedert findet sich bei der amtlichen Sozialberichterstattung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder⁵⁶.

Nutzungshinweis:

Nutzen Sie die digitale Version des Praxisleitfadens (abrufbar unter www.faf0-bw.de), um über die Hyperlinks in der Spalte „Datenquellen“ direkt zu den gewünschten Daten zu gelangen.

⁵⁶ Abrufbar unter: www.amtliche-sozialberichterstattung.de

Tabelle 1

Indikatorenübersicht						
Themenfeld	Indikator	Verfügbarkeit*)	Erläuterung	Mögliche Differenzierung	Datenquellen*)	
Demographie	Bevölkerung	Gemeindeebene	Einwohnerzahl insgesamt und differenziert nach unterschiedlichen Merkmalen	Insgesamt	<i>Tabelle¹⁾</i>	<i>Interaktive Karte²⁾</i>
				Geschlecht	<i>Diagramme³⁾</i>	
				Alter	<i>Diagramme³⁾</i>	<i>Interaktive Karte²⁾</i>
				Ausländer/-innen		<i>Interaktive Karte²⁾</i>
				Vorausrechnung	<i>Tabelle¹⁾</i>	
	Jugend- und Altenquotient	Gemeindeebene	Anteil der unter 20-jährigen bzw. der über 64-jährigen an der jeweils gleichaltrigen Bevölkerung		<i>Tabelle¹⁾</i>	<i>Diagramme³⁾</i>
Arbeitslosigkeit	Arbeitslosigkeit	Gemeindeebene	Anzahl der Arbeitslosen	Geschlecht	<i>Tabelle¹⁾</i>	<i>Interaktive Karte²⁾</i>
				Altersgruppen		<i>Interaktive Karte²⁾</i>
				Ausländer/-innen		<i>Interaktive Karte²⁾</i>
				Schwerbehinderte		
	Arbeitslosenquote	Kreisebene	Anteil der Arbeitslosen an der jeweiligen Bevölkerung	SGB II, SGB III	<i>Tabelle⁴⁾</i>	<i>Interaktive Karte²⁾</i>
Unterbeschäftigungsquote	Kreisebene	Anteil der Unterbeschäftigten an der jeweiligen Bevölkerung				
Langzeitarbeitslosigkeit	Kreisebene	Anzahl der Arbeitslosen, die ein Jahr und länger arbeitslos sind	Dauer, Alter, Ausländer/-innen, letzte abgeschlossene Ausbildung	<i>Tabelle⁴⁾</i>	<i>Interaktive Karte²⁾</i>	
Soziale Sicherheit	SGB II – Empfänger/-innen	Kreisebene	Empfänger/-innen von Grundicherung nach dem SGB II	Geschlecht, Nationalität, Alter	<i>Tabelle¹⁾</i>	
				höchster Schulabschluss		
				Typ der Bedarfsgemeinschaft		
		Jobcenterbezirke		Kinder unter 18 J. in Bedarfsgem. nach Strukturmerkmalen, Altersklassen, BG-Typ, BG mit Kindern nach ausgewählten Merkmalen	<i>Tabelle⁴⁾</i>	
				Strukturen der Arbeitslosigkeit und Hilfebedürftigkeit von Alleinerziehenden	<i>Tabelle⁴⁾</i>	
	Erwerbstätige Leistungsberechtigte	<i>Tabelle⁴⁾</i>				

*) Die niedrigste verfügbare Ebene der Daten. Es können zusätzlich auch Daten auf höherer Ebene verfügbar sein. – **) Die aufgeführten Datenquellen werden in Kapitel 2 ausführlicher beschrieben. – ***) Der Indikator wurde nicht in der Mehrzahl der ausgewerteten Berichte verwendet, stellt jedoch einen relevanten Indikator zur Abbildung von Armut dar. – 1) Struktur- und Regionaldatenbank: www.statistik-bw.de/SRDB – 2) Interaktive Karten: www.statistik-bw.de/Intermaktiv – 3) Demografie-Spiegel: [www.statistik-bw.de/Demografie Spiegel](http://www.statistik-bw.de/Demografie_Spiegel) –

Noch: **Tabelle 1**
Indikatorenübersicht

Themenfeld	Indikator	Verfügbarkeit*)	Erläuterung	Mögliche Differenzierung	Datenquellen*)	
Soziale Sicherung	SGB II – Quoten	Kreisebene	Anteil der Leistungsempfänger/-innen an der jeweiligen Bevölkerung	Insgesamt	Tabelle ⁵⁾	Interaktive Karte ²⁾
				Kinder unter 15 Jahre		Interaktive Karte ²⁾
				Kinder unter 18 Jahre	Tabelle ⁴⁾	
	Leistungen für Bildung und Teilhabe	Kreisebene	Leistungsberechtigte mit Anspruch auf Leistungen für Bildung und Teilhabe	Leistungsart, Alter	Tabelle ⁴⁾	
	Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	Kreisebene	Empfänger/-innen von Regelleistungen nach dem AsylbLG/ Haushalte von Empfänger/-innen von Regelleistungen nach dem AsylbLG		Tabelle ¹⁾	
	Hilfe zum Lebensunterhalt	Kreisebene	Empfänger/-innen von Hilfe zum Lebensunterhalt und Bedarfsgemeinschaften von Empfänger/-innen	außerhalb von und in Einrichtungen	Tabelle ¹⁾	
	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	Kreisebene	Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	außerhalb von und in Einrichtungen, Altersgrenzen, Nationalität, Geschlecht	Tabelle ⁶⁾	
	Wohngeldempfänger/-innen	Kreisebene	Empfänger/-innen von Wohngeld, durchschnittlicher monatlicher Wohngeldanspruch	Mietzuschuss, Lastenzuschuss	Tabelle ¹⁾	Interaktive Karte ²⁾
	Integration und Verbleib in Beschäftigung***)	Jobcenterbezirke	Integration und Verbleib in Beschäftigung/ Regelleistungsbezug		Tabelle ⁴⁾	
Langzeitleistungsbezug***)	Jobcenterbezirke	In den letzten 24 Monaten mind. 21 Monate erwerbsfähige Leistungsberechtigte		Tabelle ⁴⁾		
Verweildauern im SGB II***)	Kreisebene	Dauer des SGB II-Bezugs		Tabelle ⁴⁾		
Einkommen	Einkommensverteilung/-ungleichheit***)	Kreisebene	Gini-Koeffizient des Gesamtbetrags der Einkünfte			Thematische Karte ⁷⁾
	Verfügbares Einkommen***)	Kreisebene	Verfügbares Einkommen je Einwohner	Geschlecht, Ausländer/-innen	Tabelle ¹⁾	Thematische Karte ⁷⁾
	Einkommensmillionäre***)	Kreisebene	Steuerpflichtige mit Einkünften von mindestens 1 Million Euro			Thematische Karte ⁷⁾
Erwerbstätigkeit	Beschäftigungsquote***)	Kreisebene	Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an der Bevölkerung	Geschlecht, Ausländer/-innen	Tabelle ⁴⁾	Interaktive Karte ⁵⁾
	Atypische Beschäftigung***)	Kreisebene	Teilzeitbeschäftigte, Leiharbeit, Mini-Jobs	Geschlecht	Tabelle ⁸⁾	
Überschuldung	Schuldnerquote	Gemeindeebene	Anteil der überschuldeten Personen an der Gesamtbevölkerung	Personen, Haushalte	Tabelle ⁹⁾	Interaktive Karte ⁹⁾

4) Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA): www.statistik.arbeitsagentur.de – 5) Arbeitsmarktmonitor der Bundesagentur für Arbeit: www.arbeitsmarktmonitor.arbeitsagentur.de – 6) Regionaldatenbank: www.regionalstatistik.de – 7) Thematische Karten: www.statistik-bw.de/Suche-und-Bestellung/kartenPage.xhtml – 8) Datenbank Atypische Beschäftigung: www.boeckler.de/tools/atypischebeschaeftigung. – 9) Schulwerneratlas: www.creditreform.de/schuldneratlas-deutschland-2017.html

Tabelle 2

Weiterführende Themenfelder

Themenfeld	Beispielindikatoren	Erläuterung	Mögliche Datenquellen*)
Bildung	<i>Betreuungsquote unter 3-Jähriger¹⁾</i>	Eine der zentralen Voraussetzungen für Entwicklungschancen und Armutsvermeidung stellt die schulische Bildung dar.	SRDB ¹⁾ /Interakt. Karten ²⁾ : „Bildung/Kultur“ Kommunale Bildungsdatenbank¹⁰⁾ Datenatlas Bildungsberichterstattung BW¹⁴⁾
	<i>Übergänge in Gymnasien¹⁾</i>		
	<i>Schulabgänger ohne Schulabschluss¹⁾</i>		
	<i>Schüler an beruflichen Schulen¹⁾</i>		
Partizipation	<i>Wahlbeteiligung¹⁾</i>	Gesellschaftliche Teilhabe ist eine Möglichkeit sozialer Ausgrenzung entgegenzutreten und gelingt durch unterschiedliche Formen der Partizipation	SRDB ¹⁾ : „Wahlen“
Wohnen	<i>Wohnungslosigkeit¹¹⁾</i>	Die Versorgung mit angemessenem Wohnraum ist wesentlich für das Wohlergehen. Armutsgefährdung geht häufig mit Einschränkungen beim Wohnen oder im Wohnumfeld einher	SRDB ¹⁾ : „Wohnen“ LIGA Stichtagserh. ¹¹⁾
	<i>Wohnungen nach Größe¹⁾</i>		
Pflege	<i>Pflegebedürftige¹⁾</i>	Dadurch, dass die Menschen in Deutschland immer älter werden, steigt auch die Anzahl der Pflegebedürftigen. Daher gilt es die Versorgungslage im Blick zu behalten	Gesundheitsatlas BW¹²⁾ SRDB ¹⁾ /Interakt. Karten ²⁾ : „Soz. Sicherung“ – „Pflege“
	<i>Pflegeeinrichtungen und Personal¹⁾</i>		
	<i>Empfänger/-innen von Pflegeleistungen⁷⁾</i>		
Gesundheit	<i>Befunde Einschulungsuntersuchungen¹²⁾</i>	Die gesundheitliche Versorgung muss unabhängig von Armutslagen gewährleistet werden	
Kinder- und Jugendhilfe	<i>Hilfen zur Erziehung¹⁾</i>	Erschwerte Lebensbedingungen durchziehen auch Lebensbereiche wie etwa die Kindererziehung. Armutslagen spielen bei der Entstehung von Hilfebedarf eine erhebliche Rolle. Durch die Kinder- und Jugendhilfe sollen Benachteiligungen abgebaut werden	SRDB ¹⁾ : „Soz. Sicherung“ – „Kinder-/Jugendhilfe“ Kommunale Bildungsdatenbank¹⁰⁾ KVJS ¹³⁾ : Jugendhilfe
	<i>Hilfsangebote¹⁾</i>		
	<i>Kindeswohlgefährdungen¹⁾</i>		
Menschen mit Behinderungen	<i>Schwerbehinderte Menschen¹⁾</i>	Da Menschen mit Behinderungen häufig nicht oder gemindert erwerbsfähig sind, sind sie in erhöhtem Maße Armutsrisiken ausgesetzt. Eingliederungshilfen in unterschiedlichen Lebenslagen sollen dem entgegenwirken.	SRDB ¹⁾ : „Soz. Sicherung“ KVJS ¹³⁾ : Bericht zur Eingliederungshilfe
	<i>Eingliederungshilfe¹³⁾</i>		

*) Die aufgeführten Datenquellen werden in Kapitel 2 ausführlicher beschrieben. – Fußnoten 1 – 9 siehe Tabelle 1. – 10) Bildungsmonitoring: www.bildungsmonitoring.de. – 11) LIGA Stichtagserhebung: www.liga-bw.de/component/k2/8-stichtagserhebung-2016-25-erhebung – 12) Gesundheitsatlas: www.gesundheitsatlas-bw.de – 13) KVJS: www.kvjs.de – 14) Datenatlas Bildungsberichterstattung: www.bildungsbericht-bw.de

Anhang C: Auswertungsmöglichkeiten zum Thema Reichtum/hohe Einkünfte

Wie bereits in Kapitel 2 erläutert, kann das Thema Reichtum aufgrund der unbefriedigenden Datenlage nur eingeschränkt abgebildet werden. Im Folgenden werden Auswertungsmöglichkeiten der Lohn- und Einkommensteuerstatistik in Tabellenform dargestellt, die beispielsweise für ein kurzes Kapitel oder einen Exkurs in der Armuts- und Sozialberichterstattung beim Statistischen Landesamt angefordert werden können.

Tabelle 1
**Unbeschränkt Lohn- und Einkommensteuerpflichtige*) in Baden-Württemberg 2013
nach Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte**

Größenklasse des Gesamtbetrags der Einkünfte von ... bis unter ... EUR	Baden-Württemberg						
	Gesamtbetrag der Einkünfte					Festzusetzende Einkommensteuer	
	Anzahl	%	Mill. EUR	%	EUR je Stpfl.	Mill. EUR	%
unter 125 000	5 268 877	96,8	169 064	79,1	32 087	25 147	65,0
125 000 – 250 000	136 146	2,5	22 181	10,4	162 918	6 054	15,7
250 000 – 500 000	27 107	0,5	9 030	4,2	333 131	3 011	7,8
500 000 – 1 000 000	6 690	0,1	4 481	2,1	669 824	1 579	4,1
1 000 000 und mehr	2 989	0,1	9 068	4,2	3 033 637	2 902	7,5
Insgesamt	5 441 809	100	213 824	100	39 293	38 693	100

Rund 21% des Gesamtbetrags der Einkünfte wurde von 3 % der Einkommensteuerpflichtigen mit einem Gesamtbetrag der Einkünfte über 125 000 Euro erzielt. Der durchschnittliche Gesamtbetrag der Einkünfte lag bei gut 39 000 Euro.

*) Ohne Verlustfälle.

Tabelle 2
**Unbeschränkt Lohn- und Einkommensteuerpflichtige*) 2013 in Baden-Württemberg
nach relativen Reichtumsschwellen (Median) (siehe Tabelle 3)**

Tabelle 2 enthält die Mediane für die Merkmale die in Tabelle 3 als Durchschnitt abgebildet sind.

*) Ohne Verlustfälle.

Tabelle 3

Unbeschränkt Lohn- und Einkommensteuerpflichtige*) 2013 in Baden-Württemberg nach relativen Reichtumsschwellen (Durchschnitt)

Reichtumsschwelle relativ zum Durchschnitt in Baden-Württemberg	Baden-Württemberg			
	Gesamtbetrag der Einkünfte			
	Anzahl	%	Mill. EUR	%
200 % des Durchschnitts (78 585 EUR)				
unter 200 %	4 883 382	89,7	132 049	61,8
200 % und mehr	558 427	10,3	81 775	38,2
300 % des Durchschnitts (11 7878 EUR)				
unter 300 %	5 240 769	96,3	165 655	77,5
300 % und mehr	201 040	3,7	48 169	22,5
500 % des Durchschnitts (196 464 EUR)				
unter 500 %	5 381 196	98,9	186 010	87,0
500 % und mehr	60 613	1,1	27 813	13,0
Insgesamt	5 441 809	100	213 824	100

Der Anteil der Einkommensteuerpflichtigen mit einem Einkommen über 200 % des Durchschnitts lag 2013 bei gut 10 %. 1,1 % verfügten über ein Einkommen über 500 % des Durchschnitts.

*) Ohne Verlustfälle.

Tabelle 4

Spitzen- und Reichensteuersatzzahlende*) 2013 in Baden-Württemberg

	Baden-Württemberg							
	Gesamtbetrag der Einkünfte				Zu versteuerndes Einkommen		Festzusetzende Einkommensteuer	
	Anzahl	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%
Insgesamt	5 441 809	100	213 824	100	178 892	100	38 693	100
davon								
Übrige Steuersätze	5 098 295	93,7	156 601	73,2	127 423	71,2	21 743	56,2
Spitzensteuersatz	331 285	6,1	43 068	20,1	37 961	21,2	12 168	31,4
Reichensteuersatz	12 229	0,2	14 155	6,6	13 508	7,6	4 782	12,4

Der Anteil der Spitzensatzsteuersatzzahlenden lag 2013 in Baden-Württemberg bei 6,1 %, ihr Anteil am Gesamtbetrag der Einkünfte summierte sich auf 20,1 %. 0,2 % zahlten den Reichensteuersatz. Der Spitzensteuersatz beträgt 42 %, der Reichensteuersatz 45 %.

*) Ohne Verlustfälle.

Tabelle 5
**Unbeschränkt Lohn- und Einkommensteuerpflichtige*) in Baden-Württemberg 2013
nach überwiegender Einkunftsart und Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte**

Größenklasse des Gesamtbetrags der Einkünfte von ... bis unter ... EUR	Baden-Württemberg									
	Überwiegende Einkunftsart								Insgesamt	
	Gewerbebetrieb		Selbständige Arbeit		Nichtselbständige Arbeit		Übrige Einkunftsarten ¹⁾			
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
unter 125 000	212 484	4,0	76 063	1,4	4 508 492	85,6	471 838	9,0	5 268 877	100
125 000 – 250 000	19 725	14,5	17 928	13,2	94 604	69,5	3 889	2,9	136 146	100
250 000 – 500 000	6 793	25,1	7 008	25,9	12 186	45,0	1 120	4,1	27 107	100
500 000 – 1 000 000	2 790	41,7	1 569	23,5	2 018	30,2	313	4,7	6 690	100
1 000 000 und mehr	2 021	67,6	346	11,6	500	16,7	122	4,1	2 989	100
Insgesamt	243 813	4,5	102 914	1,9	617 800	84,9	477 282	8,8	5 441 809	100

Der Anteil der Steuerpflichtigen mit überwiegender Einkünften aus nichtselbständiger Tätigkeit lag 2013 bei 85 %, der Anteil der Steuerpflichtigen mit überwiegender Einkünften aus Gewerbebetrieb bei rund 4 %.

*) Ohne Verlustfälle. – 1) Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung und sonstigen Einkünften.

Tabelle 6
**Unbeschränkt Lohn- und Einkommensteuerpflichtige*) in Baden-Württemberg 2013
nach Grund- und Splittingtabellen-Gliederung und Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte**

Größenklasse des Gesamtbetrags der Einkünfte von ... bis unter ... EUR	Baden-Württemberg									
	Grund-/Splittingtabelle								Insgesamt	
	Veranlagungen nach Grundtabelle		Splittingfälle mit einem/r Einkommensbeziehenden		Splittingfälle mit zwei Einkommensbeziehenden		Nicht veranlagte Fälle der StKI 3,4,5			
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
unter 125 000	3 201 076	60,8	362 519	6,9	1 292 438	24,5	412 844	7,8	5 268 877	100
125 000 – 250 000	21 466	15,8	11 835	8,7	102 146	75,0	699	0,5	136 146	100
250 000 – 500 000	4 769	17,6	2 646	9,8	19 607	72,3	85	0,3	27 107	100
500 000 – 1 000 000	1 290	19,3	615	9,2	4 760	71,2	25	0,4	6 690	100
1 000 000 und mehr	738	24,7	313	10,5	1 929	64,5	9	0,3	2 989	100
Insgesamt	3 229 339	59,3	377 928	6,9	1 420 880	26,1	413 662	7,6	5 441 809	100

Wer steckt hinter den Steuerpflichtigen? In den hohen Einkunftsgrößenklassen sind es vor allem zusammenveranlagte Ehepaare, bei denen beide Einkommen beziehen.

*) Ohne Verlustfälle.

Tabelle 7

**Unbeschränkt Lohn- und Einkommensteuerpflichtige*) in Baden-Württemberg 2013
nach Einkunftsart und Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte**

Größenklasse des Gesamtbetrags der Einkünfte von ... bis unter ... EUR	Baden-Württemberg								
	Einkünfte aus								Ins- gesamt
	Gewerbebetrieb		Selbständige Arbeit		Nichtselbständige Arbeit		Übrige Einkunftsarten ¹⁾		
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	%
unter 125 000	640 802	4,74	229 440	2,13	4 425 103	86,20	2 039 496	6,93	100
125 000 – 250 000	52 935	14,46	35 661	13,57	118 689	67,73	95 347	4,24	100
250 000 – 500 000	15 638	24,67	11 044	24,94	20 938	44,31	26 695	6,08	100
500 000 – 1 000 000	4 881	39,48	2 797	22,49	4 755	31,32	7 713	6,71	100
1 000 000 und mehr	2 606	78,43	1 076	6,10	1 977	11,79	3 991	3,69	100
Insgesamt	716 862	10,42	280 018	4,87	4 571 462	78,24	2 173 242	6,47	100

Im Gegensatz zu Tabelle 5 werden hier alle Einkünfte aus den einzelnen Einkunftsarten dargestellt.

*) Ohne Verlustfälle. – 1) Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung und sonstigen Einkünften.

Alle Tabellen sind auf Stadt- und Landkreisebene sowie auf Gemeindeebene für Gemeinden mit über 100.000 Einw. verfügbar und können kostenpflichtig beim Statistischen Landesamt Baden-Württemberg angefordert werden. Derzeit aktuell ist das Berichtsjahr 2013 (Stand: Mai 2018), das Berichtsjahr 2014 wird im Laufe des 2. Quartals 2018 verfügbar sein.

Weiterführende Informationen:

- **Egloff, Jasmin 2017:** Von Spitzensteuersatzzahlenden und Einkommensmillionären
In: Statistisches Monatsheft 11/12/2017.
www.statistik-bw.de/Service/Veroeff/Monatshefte/PDF/Beitrag17_12_07.pdf
- **Egloff, Jasmin 2017:** Auswertungen zu hohen Einkommen auf regionaler Ebene
www.statistik-bw.de/Presse/Veranstaltungen/SS2017TOP5.pdf
- **Thematische Karten:** Einkommensmillionäre, Einkommensverteilung
www.statistik-bw.de/Service/Veroeff/Thematische_Karten/52611701A.pdf
www.statistik-bw.de/Service/Veroeff/Thematische_Karten/52521501E.pdf

Auskunftsdienst:
Statistisches Landesamt

Jasmin Egloff

Einkommenssteuer@stala.bwl.de

Tel.: 0711 641-2770

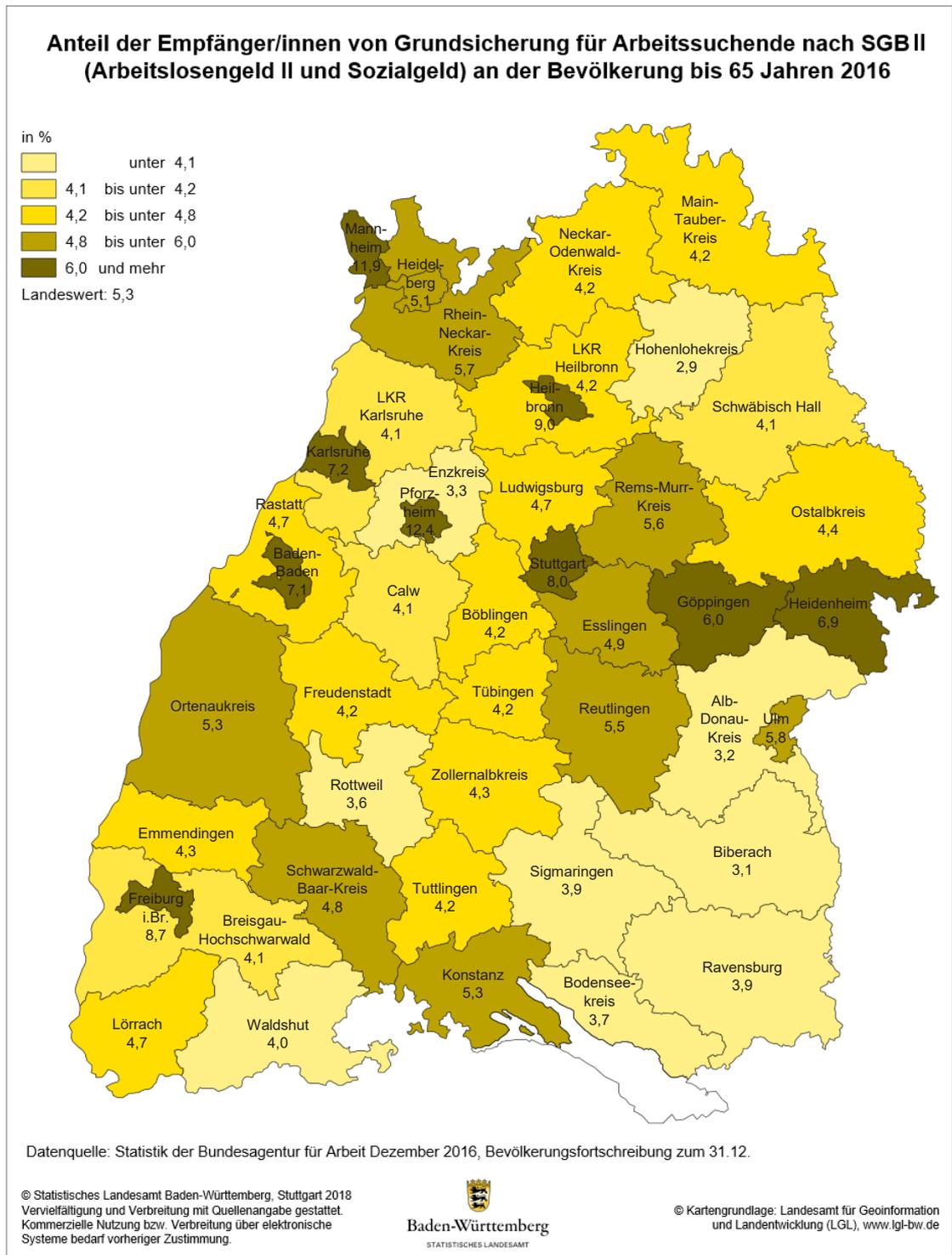
Tabellen-Preise:

Tabelle 1: kostenlos

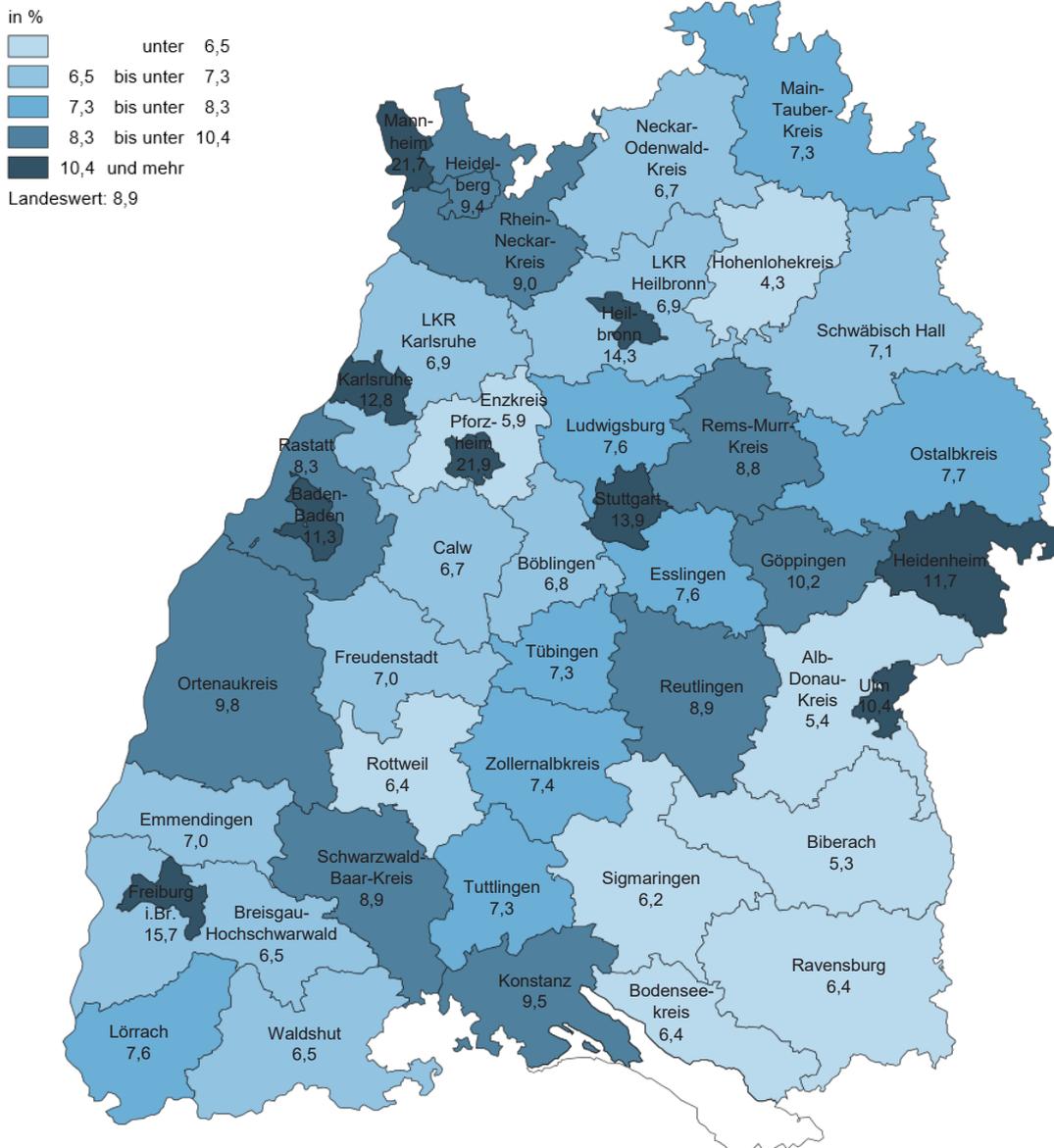
Tabelle 2-7: ab je 75 Euro

Paketpreis: ab 450 Euro

Anhang D: Karten



Anteil der leistungsberechtigten Kinder unter 15 Jahren in Bedarfsgemeinschaften (nach SGB II) an der Bevölkerung unter 15 Jahren 2016



Datenquelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit Dezember 2016, Bevölkerungsforschung zum 31.12.

© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart 2018
 Vervielfältigung und Verbreitung mit Quellenangabe gestattet.
 Kommerzielle Nutzung bzw. Verbreitung über elektronische
 Systeme bedarf vorheriger Zustimmung.



© Kartengrundlage: Landesamt für Geoinformation
 und Landentwicklung (LGL), www.lgl-bw.de



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

So erreichen Sie uns

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg
Böblinger Straße 68
70199 Stuttgart

Telefon 0711/641-0 Zentrale
Telefax 0711/641-24 40
poststelle@stala.bwl.de

www.statistik-bw.de

www.faf0-bw.de

faf0-bw@stala.bwl.de

Gerne beraten wir Sie auch persönlich.
Rufen Sie uns an!

Zentraler Auskunftsdienst

Ihre Anlaufstelle für alle aktuellen und historischen Statistiken für Baden-Württemberg, seine Regionen, Landkreise und Gemeinden
Telefon 0711/641-28 33, Telefax - 29 73
E-Mail auskunftsdienst@stala.bwl.de

Bibliothek

Allgemein zugängliche Präsenzbibliothek für aktuelle und historische baden-württembergische und deutsche Statistik sowie für baden-württembergische Landeskunde
Telefon 0711/641-28 76, Telefax - 29 73
E-Mail bibliothek@stala.bwl.de

Pressestelle

Etwa 400 Pressemitteilungen jährlich zu allen aktuellen Themen
Telefon 0711/641-24 51, Telefax - 29 40
E-Mail pressestelle@stala.bwl.de

Vertrieb

Bestellungen von Veröffentlichungen
Telefon 0711/641-28 66, Telefax - 13 40 62
E-Mail vertrieb@stala.bwl.de

Kontaktzeiten

Montag bis Donnerstag 9.00 – 15.30 Uhr,
Freitag 9.00 – 12.00 Uhr



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg • Böblinger Straße 68 • 70199 Stuttgart • Telefon 0711/641-0 Zentrale
Telefax 0711/641-24 40 • poststelle@stala.bwl.de • www.statistik-bw.de